

Beck'sches Handbuch der GmbH

6., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage 2021
ISBN 978-3-406-74537-9
C.H.BECK

Beck'sches Handbuch der GmbH

Gesellschaftsrecht – Steuerrecht

Herausgegeben von

Prof. Dr. Ulrich Prinz
Wirtschaftsprüfer
und Steuerberater in Köln

Prof. Dr. Norbert Winkeljohann
Wirtschaftsprüfer und
Steuerberater in Frankfurt a. M.

Bearbeitet von

Dr. Jens Berberich, Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater,
Diplom-Kaufmann, Frankfurt a. M.; *Dr. Mathias Birnbaum*, Rechtsanwalt,
Steuerberater, Düsseldorf; *Dr. Ulf Braun*, Rechtsanwalt, Osnabrück;
Philipp Haaf, Steuerberater, Diplom-Kaufmann, Mannheim; *Dr. Thorsten Helm*,
Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Mannheim; *Dr. Jürgen Hoffmann*,
Rechtsanwalt, Bonn; *Dr. Torben Illner*, Rechtsanwalt, Bonn; *Diplom-Finanzwirt Bernd Keller*,
Rechtsanwalt, Steuerberater, Köln; *Dirk Krome*, Rechtsanwalt, Steuerberater, Stuttgart;
Andreas Langseder, Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, München; *Dr. Silja Maul*,
Rechtsanwältin, Mannheim; *Dr. Jörg Nachtwey*, Rechtsanwalt, Notar, Frankfurt a. M.;
Prof. Dr. Sven-Joachim Otto, Rechtsanwalt, Diplom-Kaufmann, Magister rer. publ.,
Düsseldorf; *Dr. Thomas Otto*, Rechtsanwalt, Steuerberater, Köln; *Ferdinand Petersen*,
Rechtsanwalt, Steuerberater, Hamburg; *Prof. Dr. Ulrich Prinz*, Wirtschaftsprüfer,
Steuerberater, Köln; *Sven-Fabian Protz*, Rechtsanwalt, LL.M., Frankfurt a. M.;
Prof. Dr. Jochem Reichert, Rechtsanwalt, Mannheim; *Florian Rieser*, Hamburg; *Dr. Volker
Schacht*, Rechtsanwalt, Steuerberater, Köln; *Dr. Martin C. Schmidt*, Rechtsanwalt, Notar,
Frankfurt a. M.; *Dr. Uwe Scholz*, Rechtsanwalt, Steuerberater, Bonn; *Lothar Siemers*,
Rechtsanwalt, Steuerberater, Düsseldorf; *Jürgen Sievert*, Rechtsanwalt, Steuerberater, Köln;
Prof. Dr. Tobias Taetzner, Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Frankfurt a. M.; *Dr. Kristin Ullrich*,
Rechtsanwältin, Mannheim; *Frederik Vögt*, Rechtsanwalt, Osnabrück

6., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage 2021


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 74537 9

© 2021 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Satz, Druck und Bindung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 6. Auflage

Das Beck'sche Handbuch der GmbH dokumentiert den tradierten und aktuellen Wissensbestand zu sämtlichen gesellschaftsrechtlichen, bilanzrechtlichen und steuerlichen Fragen dieser in der Praxis weit verbreiteten Rechtsform. Es ist für Praktiker, Wissenschaftler und Richterschaft eine verlässliche Fundgrube für GmbH-Know-how jeglicher Couleur. In der nun vorliegenden 6. Auflage des Handbuchs, die nach rund sechs Jahren die zahlreichen Rechtsentwicklungen seit der 5. Auflage aus November 2014 aufgreift, einordnet und analysiert, haben sich Autoren, Herausgeber und Verlag um Vorlage eines Werks auf dem „besten Stand der Klasse“ bemüht. Das bewährte Grundkonzept des Handbuchs wurde beibehalten.

Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur sind umfassend eingearbeitet worden, kaum eine Seite des Handbuchs ist davon unberührt geblieben. Die Aktualisierung des Werks hat sich – neben vielfältigen weiteren Details – vor allem auf drei Bereiche erstreckt:

- Erstmals im Handbuch umfassend dargestellt wird das Thema „Compliance in der GmbH“. Die Einhaltung rechts- und regelkonformen Verhaltens ist nicht nur bei den börsennotierten Konzernen, sondern auch im Mittelstand bei inhabergeführten GmbHs ein bedeutsames Praxisthema. Nur bei Einhaltung von auf die Bedürfnisse einer GmbH zugeschnittenen Compliance-Strukturen lassen sich zuverlässig Risikokontrolle und Haftungsvermeidung für Gesellschafter und Geschäftsführer erreichen. Wir freuen uns sehr, dass wir mit Jochem Reichert und Kristin Ullrich zwei Experten gewinnen konnten, die die speziellen Compliance-Aspekte in der Rechtsform der GmbH praxiswertbar aufgearbeitet haben.
- Zum zweiten: Die Internationalisierung der Wirtschaft und des Rechts schreitet auch bei den als GmbH strukturierten Unternehmen in Windeseile voran. Diesen Trend zu einer starken internationalen Wirtschaftsverflechtung mit Doppelbesteuerungsgefahren, vielfältigen Ent- und Verstrickungsfolgen sowie der zunehmenden Auflösung des Betriebsstättenbegriffs, insbesondere durch Digitalisierungsstrategien, trägt unser Handbuch aktuell mit großer Aufmerksamkeit Rechnung. Die immer noch offenen Brexit-Themen kommen hinzu. So wurde das in der 5. Auflage zu findende Kapitel „Die Ertragsbesteuerung der GmbH und ihrer Gesellschafter“ in einen nationalen (§ 11) und einen neuen internationalen Teil (§ 12) aufgespalten. Bernd Keller hat sich als neuer Autor mit den bei Inbound- und Outbound-GmbH-Strukturen auftretenden materiellrechtlichen und verfahrensrechtlichen Fragen intensiv befasst. Die aktuellen Entwicklungen bei der Umsetzung der ATAD-Richtlinien in deutsches Recht sind umfassend eingearbeitet worden. Auch die bei GmbHs zunehmend in Betriebsprüfungen aufgegriffenen Verrechnungspreisthemen sowie dem Country-by-Country-Reporting finden ihren Niederschlag. Schließlich wurde auch das Kapitel „Umwandlungen – International“ (§ 16) generalüberholt und auf den neuesten Stand gebracht.
- Drittens schließlich ist die uns derzeit intensiv beschäftigende Corona-Pandemie mit ihren für die GmbH relevanten Aspekten aufgegriffen und eingearbeitet worden. Dabei gibt es kein „coronafreies Rechtsgebiet“, nahezu alle Kapitel des Handbuchs sind betroffen. Exemplarisch genannt werden können die erweiterten steuerlichen Verlustrücktragungsmöglichkeiten, Zulässigkeit digitalisierter Online-Gesellschafterversammlungen und die Aussetzung der Insolvenzantragsverpflichtung. Die Corona-Rechtsfolgen treffen

Vorwort

nicht zuletzt auch die Bilanzierung der GmbH im Handels- und Steuerrecht. Alldem trägt unser Handbuch nuanciert und akribisch Rechnung.

Der Kernbestand der Autoren ist in der 6. Auflage stabil geblieben. Es hat nur wenige Veränderungen im Autorenkreis gegeben, die meisten altersbedingt, einige aus Gründen der Arbeitsbelastung. Der Autor Michael Axhausen ist leider verstorben. Wir werden ihn in ehrenvoller Erinnerung behalten. Besonderen Dank verdient Welf Müller, der nach seiner Mitherausgeberschaft in den ersten vier Auflagen des Handbuchs und seiner „Nur-Autorenschaft“ in der 5. Auflage nunmehr altersbedingt seine Mitarbeit gänzlich beendet hat. Sein Kapitel „§ 6 Der Aufsichtsrat/Beirat“ wurde von Uwe Scholz und Torben Illner übernommen; seine Co-Autorenschaft mit Silja Maul in „§ 13 Das Ausscheiden aus der GmbH“ konnte Tobias Taetzner übertragen werden. Allen aktuellen Autoren, aber auch den ausgeschiedenen, gebührt unser herzlicher Dank für die übernommenen Mühen und die intensive Bearbeitung der zahlreichen Details aus dem Leben der GmbH. Schließlich ist auch dem Beck-Verlag, namentlich dem langjährigen Lektor Hans Josef Hunold, sowie Herrn Willy Wirth als „persönlichem Helfer“ des mit vielfältiger Aufsichtsratsstätigkeit beschäftigten Mitherausgebers Norbert Winkeljohann für die stets umsichtige Betreuung zu danken.

Zum Schluss: Wir hoffen auf eine positive Aufnahme auch unserer 6. Auflage im Fachpublikum. Für eine gute digitale Verbreitung unseres Werks wird der Beck-Verlag durch Aufnahme auch der 6. Auflage in die Online-Portale Sorge tragen.

Kritik und weiterführende Hinweise sind den Herausgebern und Verfassern jederzeit willkommen.

Köln/Frankfurt, im Oktober 2020

Prof. Dr. Ulrich Prinz
Prof. Dr. Norbert Winkeljohann

Vorwort

Vorwort zur 1. Auflage

Wenn man sich in juristischen Bibliotheken und Fachbuchhandlungen nach GmbH-Werken umsieht, drängt sich der Eindruck auf, als gäbe es bereits genügend (Hand)Bücher über die GmbH. Das ist nicht weiter erstaunlich, wurde die Rechtsform der GmbH doch – ohne rechtes Vorbild in der deutschen Rechtsgeschichte – bereits 1892 geschaffen und erfreut sich seither großer Beliebtheit. Gelehrte, Praktiker, Berater und Richter hatten deswegen in den letzten 100 Jahren hinreichend Anlaß und Gelegenheit, die vielfältigen Aspekte der GmbH, die sich zudem im Laufe der Zeit ständig veränderten und verlagerten, aufzugreifen, in allen Facetten zu untersuchen und für die dabei entstehenden Fragen und Probleme Lösungen anzubieten.

Gleichwohl ist das Recht der GmbH nie zur Ruhe gekommen und bis heute in Bewegung geblieben. Nicht zuletzt diese Entwicklung hat uns den Mut gegeben, ein neues Handbuch der GmbH in Angriff zu nehmen und hiermit vorzulegen. Die Bezeichnung „neu“ scheint uns deshalb gerechtfertigt zu sein, weil wir versucht haben, mit dem „Beck’schen Handbuch der GmbH“ eine integrierte *gesellschafts- und steuerrechtliche* Darstellung aller GmbH-relevanten Themen herauszubringen. Denn die Erfahrung in der Praxis hat gezeigt, daß sich insbesondere bei der GmbH gesellschaftsrechtliche und steuerrechtliche Aspekte nicht voneinander trennen lassen, ja, daß das eine das andere bedingt. Recht und Steuerrecht der GmbH werden deshalb hier gezielt aufgenommen und in ihrem gegenseitigen Verständnis erläutert.

Mit dieser doppelten Ausrichtung begleiten wir die GmbH von der „Wiege bis zur Bahre“ – ausgehend von der Gründung, der die Wahl dieser Rechtsform vorausgeht, bis hin zu ihrer freiwilligen oder unfreiwilligen Auflösung. Für alle wichtigen Maßnahmen, Ereignisse und Probleme, die sich im Leben einer GmbH ergeben können, wollen wir damit praktikable Lösungen in gesellschafts- und steuerrechtlicher Hinsicht anbieten.

Den „Mut“ zu diesem neuen Handbuch schöpfen wir aber noch aus einem ganz aktuellen Umstand. Dieses Handbuch erscheint in einem Moment, in dem die Wahl der Rechtsform – gerade die der GmbH – nicht mehr „für die Ewigkeit“ getroffen werden muß. Das neue Umwandlungsrecht – kombiniert mit dem neuen Umwandlungssteuerrecht – bietet auch und gerade der GmbH weitaus mehr Möglichkeiten als bisher, sich verändernden Umständen anzupassen. Neben vereinfachten Verfahren zur Zusammenfassung und Konzentration (*Verschmelzung*) gibt es jetzt auch den *actus contrarius*, die *Spaltung*. Vor allem aber ist hier der *Formwechsel* zu nennen, denn anders als früher ist jetzt der Weg aus der GmbH in die Personengesellschaft ohne Aufdeckung der stillen Reserven möglich, was – auf den ersten Blick vielleicht überraschend – künftig auch den Schritt in die GmbH, statt z. B. in die GmbH & Co. KG, erleichtern wird. Das Kapitel „Umwandlungen“ stellt deshalb einen Schwerpunkt dieses Handbuches dar.

Der gesellschafts- und steuerrechtlichen Zielsetzung wurde auch bei der Autorenauswahl bewußt Rechnung getragen. Die Verfasser dieses Handbuches (Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater) stammen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – aus großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und haben die Erfahrungen, die sie dort über lange Jahre sammeln konnten, in dieses Werk einfließen lassen. Das „Beck’sche Handbuch der GmbH“ richtet sich deshalb nicht so sehr an den spezialisierten Gesellschaftsrechtler oder den spezialisierten Steuerrechtler. Im Vordergrund stehen vielmehr die kaufmännisch vorgebildeten Geschäftsführer und/oder Gesellschafter der GmbH sowie insbesondere deren Berater, und hier vor allem die Kollegen aus dem Kreis der Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und unternehmensberatenden Rechtsanwälte.

Vorwort

Wir danken allen Autoren für ihren persönlichen und arbeitsintensiven Einsatz, ohne den das Gelingen dieses Werks nicht möglich gewesen wäre. Unser ganz besonderer Dank gilt Herrn Rechtsanwalt Burckhard Jung für seine über den eigenen Autorenbeitrag hinausgehende vielfältige Unterstützung bei der Herausgabe dieses Handbuchs. Dank schulden wir schließlich auch dem Lektor des Beck-Verlags, Herrn Albert Buchholz, für seine engagierte und geduldige Begleitung des Werks.

Wir hoffen und wünschen, mit diesem gesellschafts- und steuerrechtlichen GmbH-Handbuch eine wohlwollende und kritische Aufnahme zu finden. Da es jedoch nichts gibt, das nicht besser (nicht nur anders) gemacht werden kann, möchten wir alle Benutzer unseres Handbuchs bitten und auffordern, mit uns in diesen „Verbesserungswettstreit“ einzutreten.

Frankfurt, im Mai 1995

Die Herausgeber


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Rechtsformwahl (Berberich/Haaf)

A. Einleitung	2
B. Das Entscheidungsproblem der Rechtsformwahl	3
I. Bedeutung	3
II. Vorgehensweise	4
III. Entscheidungskriterien	4
IV. Rechtsformalternativen	6
C. Die GmbH im Vergleich zur Personengesellschaft	7
I. Rechtsgestaltung und Haftung	7
II. Leitung und Überwachung	9
1. Selbst- oder Fremdorganschaft	9
2. Weisungsrecht	9
3. Informationsrecht	10
4. Aufsichtsrat/Unternehmensüberwachung	11
III. Finanzierung	11
1. Eigenfinanzierung	11
a) Beteiligungsfinanzierung	11
b) Selbstfinanzierung	12
2. Fremdfinanzierung	12
3. Mezzanine-Finanzierung	13
IV. Besteuerung	14
1. Laufende Besteuerung der GmbH	14
a) Auf Ebene der Gesellschaft	15
b) Auf Ebene der Anteilseigner	17
2. Laufende Besteuerung der OHG/KG	18
3. Steuerlicher Belastungsvergleich zwischen GmbH und OHG	20
4. Steuerliche Behandlung der Veräußerung und des Erwerbs von Anteilen	24
a) GmbH-Anteile	24
b) OHG-Anteile	26
5. Erbschaftsbesteuerung	26
a) GmbH-Anteile	26
b) OHG-Anteile	27
V. Mitbestimmung	27
VI. Gründungs- und Organisationsaufwand	28
VII. Rechnungslegung, Prüfung und Publizität	29
VIII. Konzernbildung	30
D. Die GmbH im Vergleich zur Limited (Ltd.)	31
E. Die GmbH im Vergleich zur europäischen Aktiengesellschaft (SE)	32
I. Vorbemerkungen	32
II. Rechts- und Organisationsverfassung	33
1. Gesellschaftsstatut	33
2. Satzung und Gründung	33

Inhaltsverzeichnis

§ 2 Gründung und Kapitalaufbringung

3. Gesellschaftskapital und Haftung	34
4. Organisationsstruktur und Geschäftsführung	35
III. Finanzierung	36
1. Eigenfinanzierung	36
a) Beteiligungsfinanzierung	36
b) Selbstfinanzierung	36
2. Fremdfinanzierung	36
3. Mezzanine-Finanzierung	36
IV. Besteuerung	37
1. Gründung, Wegzug und Zuzug	37
a) Gründung	37
b) Wegzug und Zuzug	38
2. Laufende Besteuerung	38
a) Auf Ebene der Gesellschaft	38
b) Auf Ebene der Anteilseigner	38
V. Mitbestimmung	38
VI. Gründungs- und Organisationsaufwand	39
VII. Rechnungslegung, Prüfung und Publizität	40
VIII. Konzernbildung	40
F. Die GmbH im Vergleich zur Unternehmergeellschaft	41
G. Gesamtwertung	42

§ 2 Gründung und Kapitalaufbringung (Protz/Krome)

A. Der Weg in die GmbH	48
I. Grundlagen	48
1. Ausgangssituationen auf dem Weg in die GmbH	48
2. Gründung – Errichtung – Entstehung	49
3. Ablauf der Gründung	49
II. Stadien der GmbH-Gründung	50
1. Vorgründungsstadium	51
a) Arten der Vorgründungsgesellschaft	51
b) Gesellschaftsrechtliche Einordnung	52
c) Steuerliche Einordnung	52
d) Rechnungslegung	53
2. Gründungsstadium	53
a) Gesellschaftsrechtliche Einordnung	53
b) Steuerliche Einordnung	55
c) Rechnungslegung	56
3. Eingetragene GmbH	57
a) Rechtliche Wirkungen der Eintragung	57
b) Steuerliche Wirkungen der Eintragung	57
III. Persönliche Haftungsrisiken bei der Gründung	57
1. Haftung während des Vorgründungsstadiums	58
2. Haftung während des Gründungsstadiums	59
a) Gründerhaftung	59
b) Handelndenhaftung	61

3. Haftung ab Eintragung	61
a) Differenzhaftung	61
b) Vorbelastungs- oder Unterbilanzhaftung	62
B. Abschluss des Gesellschaftsvertrags	63
I. Vertragschließende	63
1. Anzahl der Gründer	63
2. Taugliche Gründer	63
a) Natürliche Personen	63
b) Juristische Personen	64
c) Gesamthandsgemeinschaften	64
II. Gesellschaftsvertrag	64
1. Feststellung	64
2. Rechtsnatur	65
III. Inhalt des Gesellschaftsvertrags	66
1. Satzungsbestandteile	66
2. Notwendiger Inhalt des Gesellschaftsvertrags	67
a) Firma der Gesellschaft	67
b) Sitz der Gesellschaft	69
c) Gegenstand des Unternehmens	69
3. Formbedürftiger fakultativer Inhalt	71
4. Sonstiger fakultativer Inhalt	71
5. Ausgestaltung von Gesellschaftsverträgen	72
a) Satzungsautonomie	72
b) Typenvielfalt	72
c) Allgemeine Gestaltungshinweise	73
d) Fallgruppen	73
IV. Formvorschriften	73
1. Notarielle Beurkundung	74
a) Gründungsprotokoll	74
b) Umfang der Beurkundung	74
c) Auslandsbeurkundung	74
2. Unterzeichnung sämtlicher Gesellschafter	75
a) Eigenhändige Unterzeichnung	75
b) Vollmacht und Vertretung	75
C. Bestellung der Geschäftsführer	76
I. Funktion der Geschäftsführung im Gründungsstadium	76
II. Bestellung der Gründungsgeschäftsführer	76
1. Bestellung im Gesellschaftsvertrag	76
2. Bestellung durch Beschluss	77
D. Einlageleistung auf die Geschäftsanteile	77
I. Kapitalaufbringung	77
1. Bestandteil des Gründungsvorgangs	77
2. Schaffung der Kapitalbasis	78
II. Stammkapital und Einlagen auf die Geschäftsanteile	78
1. Inhalt des Gesellschaftsvertrags	78
2. Stammkapital	79
a) Stammkapital und Gesellschaftsvermögen	79
b) Funktion des Stammkapitals	79

Inhaltsverzeichnis

§ 2 Gründung und Kapitalaufbringung

3. Einlagen auf die Geschäftsanteile	80
a) Übereinstimmung der Nennbeträge aller Geschäftsanteile mit Stammkapital	80
b) Stückelung der Beteiligung	80
c) Verknüpfung von Stammeinlage und Geschäftsanteil	80
III. Einlagen auf das Stammkapital	81
1. Einlageformen	81
a) Bareinlage	81
b) Sacheinlage	81
c) Mischeinlage	82
d) Gemischte Sacheinlage	82
2. Mindestbeträge und ausstehende Einlagen	82
a) Mindestbetrag des Stammkapitals	82
b) Mindestbetrag und Stückelung der Geschäftsanteile	82
c) Ausstehende Einlagen	83
3. Leistungen zur endgültigen freien Verfügung	84
4. Steuerwirkungen der Einlageleistung	84
a) Steuerfolgen bei der GmbH	84
b) Steuerfolgen beim Gesellschafter	84
5. Bilanzieller Ausweis der Einlageleistung	85
a) Eröffnungsbilanz	85
b) Ausstehende Einlagen	85
IV. Besonderheiten bei Sacheinlagen	86
1. Festsetzung im Gesellschaftsvertrag	86
2. Sacheinlagegegenstände	87
3. Wert der Sacheinlagen	87
4. Sachgründungsbericht	88
5. Verdeckte Sacheinlage	88
a) Grundkonstellation	88
b) Rechtsentwicklung	89
c) Tatbestand des § 19 Abs. 4 GmbHG	89
d) Rechtsfolgen	90
e) Inkrafttreten	91
f) Steuerfolgen	91
V. Reale Kapitalaufbringung	92
1. Sicherstellung der Kapitalaufbringung	92
2. Kapitalaufbringungsschutz	92
a) Befreiung von der Einlageverpflichtung	92
b) Aufrechnung gegen Einlageverpflichtung	92
c) Zurückbehaltungsrecht an Sacheinlagen	92
d) Missachtung der Sacheinlagevorschriften	93
e) Rückfluss durch Hin- und Herzahlen	93
3. Rechtsfolgen versäumter Zahlungen auf Stammeinlagen	94
a) Verzugszinsen (§ 20 GmbHG)	94
b) Ausschluss säumiger Gesellschafter (§ 21 GmbHG)	94
c) Haftung des Rechtsvorgängers (§ 22 GmbHG)	94
d) Verwertung des Geschäftsanteils (§ 23 GmbHG)	95
e) Ausfallhaftung (§ 24 GmbHG)	95
4. Sondervorteile und Gründungsaufwand	95
a) Sondervorteile	95

§ 3 Der Gesellschafter	Inhaltsverzeichnis
b) Gründungsaufwand	96
E. Anmeldung und registergerichtliches Verfahren	97
I. Abschluss des Gründungsvorgangs	97
II. Voraussetzungen und Inhalt der Anmeldung	97
1. Voraussetzungen	97
2. Inhalt	97
a) Der Anmeldung beizufügende Unterlagen	97
b) Versicherungen der Geschäftsführer	98
c) Angabe der inländischen Geschäftsanschrift und der Vertretungs- befugnis	99
d) Einreichung der Unterlagen	99
III. Sanktionen bei fehlerhafter Anmeldung	99
1. Verfahrensmängel	99
2. Gründungshaftung	99
3. Bankenhaftung	100
4. Strafandrohung	100
IV. Registergerichtliches Verfahren	101
1. Prüfungspflicht des Registerrichters	101
2. Handelsregister-Eintragung und Bekanntmachungen	102
 § 3 Der Gesellschafter (Schmidt/Nachtwey)	
A. Vorbemerkung	104
B. Die Stellung der Gesellschafter in der GmbH	104
I. Die Gesellschafter als oberstes Gesellschaftsorgan	104
II. Delegation von Gesellschafterkompetenzen	105
III. Besondere Gesellschaftereigenschaften	106
C. Allgemeine Verhaltensgrundsätze	108
I. Treuepflicht	108
II. Gleichbehandlungsgrundsatz	112
D. Die Gesellschafterrechte	114
I. Inhaber der Gesellschafterrechte	114
II. Gesellschafterrechte als Vermögens- und Verwaltungsrechte	115
III. Gesellschafterrechte und Drittrechte von Gesellschaftern	115
IV. Begründung, Änderung und Aufhebung allgemeiner Gesellschafter- rechte	116
V. Gesellschaftersonderrechte	117
VI. Einzelne Gesellschafterrechte	119
1. Informationsrechte	120
a) Informationsrecht gemäß § 51a GmbHG	120
b) Informationsrecht zu Beschlussgegenständen	130
c) Informationsrecht gegenüber Mitgesellschaftern	131
2. Rechnungslegung sowie Ergebnisverwendung	131
3. Allgemeines Prüfungs- und Überwachungsrecht gegenüber der Geschäftsführung	132
4. Geltendmachung von Ersatzansprüchen der Gesellschaft gemäß § 46 Nr. 8 Alt. 1 GmbHG	133

Inhaltsverzeichnis

§ 4 Die Beschlussfassung der Gesellschafter

5. Vertretung der Gesellschaft in Prozessen mit Geschäftsführern gemäß § 46 Nr. 8 Alt. 2 GmbHG	135
6. Klagebefugnis einzelner Gesellschafter zugunsten der Gesellschaft	136
E. Die Gesellschafterpflichten	137
I. Schutzfunktion der allgemeinen Gesellschafterpflichten	137
II. Adressaten der allgemeinen Gesellschafterpflichten	137
III. Einzelne Gesellschafterpflichten	138
1. Wettbewerbsverbot	138
2. Geheimhaltungspflicht	139
IV. Gesellschaftsvertragliche Gesellschafterpflichten	140
F. Gesellschaftervereinbarungen	143
I. Gründe für den Abschluss von Gesellschaftervereinbarungen	143
II. Rechtsnatur	144
III. Inhalt von Gesellschaftervereinbarungen	144
IV. Gestaltungsgrenzen	146
V. Ausübungsgrenzen	147
VI. Durchsetzung	147
VII. Form	147
§ 4 Die Beschlussfassung der Gesellschafter (Schmidt/Nachtwey)	
A. Vorbemerkung	151
B. Die Beschlussfassung in Gesellschafterversammlungen	152
I. Einberufung einer Gesellschafterversammlung	152
1. Zuständigkeit zur Einberufung	152
2. Pflicht zur Einberufung einer Gesellschafterversammlung	153
a) Einberufung in ausdrücklich bestimmten Fällen	153
b) Einberufung im Interesse der Gesellschaft	154
c) Einberufung bei Verlust der Hälfte des Stammkapitals	154
d) Einberufungsverlangen einer Minderheit und Selbsthilferecht	154
e) Abdingbarkeit durch Satzung	157
3. Form und Inhalt der Einberufung einer Gesellschafterversammlung ..	157
a) Einberufung durch Ladung	157
b) Adressaten der Einladung	157
c) Ladungsfrist	159
d) Ankündigung der Tagesordnungspunkte	159
e) Ort und Termin der Gesellschafterversammlung	160
f) Abdingbarkeit durch Satzung	161
g) Fehlerhafte Einberufung	161
II. Recht zur Teilnahme an Gesellschafterversammlungen	162
1. Inhalt des Teilnahmerechts	162
2. Teilnahmerecht der Gesellschafter	162
a) Inhaber des Teilnahmerechts	162
b) Ausschluss des Teilnahmerechts	163
c) Gesetzliche und rechtsgeschäftliche Vertretung	164
3. Teilnahmerecht Dritter	164
4. Verletzung des Teilnahmerechts	165

III. Durchführung der Gesellschafterversammlung	165
1. Versammlungsleiter	165
2. Protokollierung von Gesellschafterbeschlüssen	166
IV. Zustandekommen von Gesellschafterbeschlüssen	167
1. Antrag zur Beschlussfassung	167
2. Abstimmung	168
3. Beschlussfeststellung	168
4. Weitere Erfordernisse	169
V. Vollversammlung	170
C. Die Beschlussfassung außerhalb von Gesellschafterversammlungen	170
I. Verfahren gem. § 48 Abs. 2 GmbHG	170
II. Satzungsregelungen	172
III. Sonderregelungen aus Anlass der COVID-19-Pandemie	172
D. Die Beschlussfassung in Ein-Mann-Gesellschaften	174
E. Stimmrecht und Stimmrechtsausübung	175
I. Inhalt und Grenzen des Stimmrechts	175
II. Stimmkraft der Gesellschafter	176
III. Inhaber des Stimmrechts	176
1. Stimmrecht der Gesellschafter	176
2. Stimmrechtsausübung durch Dritte	177
3. Verbot der Stimmrechtsabsplaltung und einheitliche Stimmabgabe	178
IV. Stimmrechtsausschluss	179
1. Allgemeines	179
2. Entlastung eines Gesellschafters	180
3. Befreiung von einer Verbindlichkeit	181
4. Vornahme eines Rechtsgeschäfts	181
5. Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreits	182
6. Anwendungsgrenzen des § 47 Abs. 4 GmbHG	183
a) Sozialakte	183
b) Wichtiger Grund für Beschlussfassung	183
c) Weitere Einzelfälle	184
d) Abdingbarkeit des § 47 Abs. 4 GmbHG	185
e) Missachtung des Stimmverbots	185
7. Anwendbarkeit des § 181 BGB	186
8. Ruhen der Mitgliedschaftsrechte für die eigenen Anteile der GmbH	186
9. Analoge Anwendbarkeit der §§ 71b, 71d AktG	186
V. Stimmbindungsvereinbarungen	187
1. Inhalt und Wirksamkeit	187
2. Zulässigkeitsgrenzen	188
3. Durchsetzung und Vollstreckbarkeit	189
VI. Haftung wegen Stimmrechtsausübung	189
VII. Wirksamkeit der Stimmabgabe	190
F. Mehrheitserfordernisse	190
I. Beschlussfähigkeit	190
II. Gesetzliche Mehrheitserfordernisse	191
III. Gesellschaftsvertragliche Mehrheitserfordernisse	192

Inhaltsverzeichnis

§ 4 Die Beschlussfassung der Gesellschafter

G. Änderung des Gesellschaftsvertrages	192
I. Gesellschaftsvertrag als Gegenstand der Änderung	192
II. Begriff der Änderung	193
III. Durchführung der Änderung	194
1. Zwingende Zuständigkeit der Gesellschafter	194
2. Beschlussmehrheit	195
a) Dreiviertel-Mehrheit	195
b) Anpassung der Gewinnverwendungsregel bei Altgesellschaften	195
c) Leistungsvermehrung	195
d) Zweckänderung nur einstimmig	196
3. Notarielle Beurkundung des Änderungsbeschlusses	196
IV. Eintragung in das Handelsregister	198
1. Anmeldung	198
2. Rechtswirkungen	199
V. Exkurs: Umstellung von DM auf Euro	199
H. Aufhebung von Gesellschafterbeschlüssen	200
I. Auslegung von Gesellschafterbeschlüssen	201
J. Fehlerhafte Gesellschafterbeschlüsse	201
I. Allgemeines	201
II. Scheinbeschlüsse (Nichtbeschlüsse)	201
III. Unwirksame Beschlüsse	202
IV. Nichtig Beschlüsse	203
1. Einberufungsmängel	203
2. Beurkundungsmängel	204
3. Unvereinbarkeit mit dem Wesen der GmbH und Inhaltsverstöße	204
4. Sittenverstoß	205
5. Nichtigkeitserklärung	205
6. Weitere Nichtigkeitsgründe	205
7. Teilnichtigkeit	206
8. Bedeutung und Rechtsfolgen der Nichtigkeit	206
9. Heilung der Nichtigkeit	206
V. Anfechtbare Beschlüsse	207
1. Anfechtbarkeit im Allgemeinen	207
2. Anfechtungsgründe	207
3. Ausschluss der Anfechtbarkeit	208
VI. Rechtsbehelfe bei fehlerhaften Beschlüssen	210
1. Klagearten	210
2. Rechtsschutzinteresse	211
3. Prozessbeteiligte	211
4. Klagefrist	212
5. Weitere Verfahrensfragen	214
6. Urteilstwirkungen	215
7. Einstweiliger Rechtsschutz	215

§ 5 Der Geschäftsführer (Hoffmann)

A. Überblick	219
I. Zentrale Rolle des Geschäftsführers	219
1. Notwendiges Gesellschaftsorgan	219
2. Geschäftsführung und Vertretung	220
II. Gesetzliche Regelungen	220
1. GmbHG, insbesondere §§ 35–44	220
2. Andere Gesetze, Analogien aus anderen Rechtsquellen, insbesondere AktG	221
B. Geschäftsführung und Vertretung	221
I. Geschäftsführer als Vertretungsorgan	221
1. Vertretung	221
a) Bedeutung	221
b) Berechtigte Personen	221
c) Umfang der Vertretungsmacht im Außenverhältnis einschließlich gerichtliche Vertretung	222
d) Anfang und Ende der Vertretungsmacht	223
2. Sonderthemen	223
a) Mehrheit von Geschäftsführern	223
b) Passivvertretung	224
c) Selbstkontrahieren	224
3. Unbeschränkbarkeit der Vertretungsmacht	225
II. Aufgaben und Pflichten der Geschäftsführung	226
1. Überblick	226
2. Gegenstand, Umfang und Beschränkungen der Geschäftsführung	226
a) Verfolgung des Gesellschaftszwecks	226
b) Zustimmungsvorbehalte und Weisungen der Gesellschafterversammlung	227
c) Gewöhnliche und ungewöhnliche Geschäfte	228
3. Verletzung von Beschränkungen der Geschäftsführungsbefugnis	229
a) Allgemein	229
b) Haftung nach innen	229
c) Umfang einer möglichen Außenwirkung	229
4. Mehrheit von Geschäftsführern	230
a) Gesamtgeschäftsführung	230
b) Einräumung von Einzelgeschäftsführungskompetenz und Geschäftsverteilung	230
5. Pflichten der Geschäftsführer	231
a) Grundpflichten, § 43 Abs. 1 GmbHG	231
b) Kooperation und Überwachung anderer Geschäftsführer	231
c) Treuepflichten	232
d) Wettbewerbsverbot	232
e) Rechnungslegung, Buchführung und Auskunft	233
f) Registerrechtliche Pflichten	233
g) Gesellschafterbezogene Pflichten	234
h) Sonstige (Umweltschutz, Datenschutz, Compliance)	234
i) Rechtsfolgen von Pflichtverletzungen, § 43 Abs. 2 GmbHG	235

Inhaltsverzeichnis

§ 5 Der Geschäftsführer

6. Rechte der Geschäftsführer	235
a) Informationsrechte	235
b) Vergütungsanspruch	236
c) Kein Anspruch auf Entlastung	236
C. Bestellung und Anstellung sowie deren Beendigung	236
I. Bestellung	236
1. Bedeutung der Bestellung	236
2. Arten der Bestellung	237
3. Beginn der Bestellung	237
4. Beendigung der Bestellung	237
a) Grundsätzlich jederzeitige Widerrufbarkeit	237
b) Einschränkungen der Abberufbarkeit	238
c) Verfahren der Abberufung	239
d) Niederlegung	240
e) Sonstige Beendigungsgründe	240
f) Wirkung der Beendigung	241
II. Anstellung	241
1. Allgemeines	241
2. Abschluss des Anstellungsvertrages	241
3. Rechtsnatur des Anstellungsvertrages	242
4. Vergütung einschließlich ihrer steuerlichen Behandlung	243
a) Festgehalt	243
b) Tantiemen	244
c) Beteiligungsmodelle	246
d) Altersversorgung	248
e) Sonderformen der Vergütung	252
5. Beendigung	253
D. Haftung des Geschäftsführers	255
I. Gebot sorgfältiger Geschäftsführung	255
1. Sorgfaltsmaßstab	255
a) Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmannes	255
b) Privilegierung unternehmerischen Handelns	256
2. Schadenersatzpflicht nach § 43 Abs. 2 GmbHG	256
a) Ersatzpflicht gegenüber der Gesellschaft	256
b) Umfang der Haftung	257
c) Gesamtschuldnerische Haftung	257
d) Mitverantwortlichkeit anderer Organe	258
II. Qualifizierte Pflichtverletzungen, § 43 Abs. 3 GmbHG	259
1. Grundsätzliches	259
2. Konzernfinanzierungen	259
III. Haftung für Zahlungen nach Eintritt der Insolvenzreife, § 64 GmbHG ...	260
1. Inhalt, Zweck und Bedeutung der Vorschrift	260
2. Insolvenzreife: Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung	261
3. Privilegierte Zahlungen gem. § 64 S. 2 GmbHG	263
4. Verschulden	264
5. Zahlungen an Gesellschafter, § 64 S. 3 GmbHG	265
IV. Verjährung	265
V. Weitere Haftungsgründe	266
1. Deliktische Haftung gegenüber der Gesellschaft	266

§ 6 Der Aufsichtsrat/Beirat	Inhaltsverzeichnis
2. Haftung gegen über Dritten	266
3. Haftung wegen Verletzung von steuerlichen oder sozialversicherungsrechtlichen Pflichten	267
4. Haftung nach § 15a Abs. 1 InsO iVm § 823 Abs. 2 BGB	268
5. Sonstige Ordnungs-, Straf- und Bußgeldvorschriften	268
VI. Entlastung und Freistellung	269
1. Bedeutung der Entlastung	269
2. Zuständigkeit und Wirkung	270
3. Kein Anspruch auf Entlastung	270
4. Generalbereinigung	270
E. Sonderthemen	271
I. Stellvertretender Geschäftsführer	271
II. Faktischer Geschäftsführer	272
III. Notgeschäftsführer	273
§ 6 Der Aufsichtsrat/Beirat (Scholz/Illner)	
A. Einführung	276
I. Begriff des Aufsichtsrats	277
II. Aufsichtsratssysteme in der GmbH	277
1. Fakultativer Aufsichtsrat	277
2. Beirat	278
a) Grundlagen	278
b) Sonderfall Gesellschafterausschuss	279
c) Beraterverträge	280
3. Board-System	280
4. Obligatorischer Aufsichtsrat	281
a) Erscheinungsformen: DrittelbG und MitbestG	281
b) Feststellung des anzuwendenden Aufsichtsratssystems	282
5. Verhältnis fakultativer Gremien zum obligatorischen Aufsichtsrat	283
B. Der fakultative Aufsichtsrat/Beirat	283
I. Grundsatz der Gestaltungsfreiheit	283
II. Aufgaben	284
1. Überblick	284
2. Überwachung der Geschäftsführung	285
3. Prüfung des Jahresabschlusses	285
4. Einberufung der Gesellschafterversammlung und Vertretung gegenüber der Geschäftsführung	287
5. Einfluss auf die Geschäftsführung	288
6. Übertragung von Befugnissen der Gesellschafterversammlung	288
7. Informationsrechte des Aufsichts-/Beirats	289
III. Zusammensetzung und persönliche Voraussetzungen	289
IV. Bestellung, Abberufung, Amtszeit	290
V. Innere Ordnung	292
VI. Beschlussfassung und Beschlussmängel	292
1. Beschlussfassung	292
2. Beschlussmängel	294

Inhaltsverzeichnis

§ 6 Der Aufsichtsrat/Beirat

VII. Rechtsstellung und Vergütung	295
1. Rechtsstellung	295
2. Vergütung	296
3. Steuerliche Behandlung	296
a) Bei der GmbH	296
b) Bei den Aufsichtsräten/Beiräten	297
VIII. Verantwortlichkeit/Haftung	299
C. Der obligatorische Aufsichtsrat	303
I. Der Aufsichtsrat nach dem DrittelbG	303
1. Grundlagen, maßgebliche Arbeitnehmerzahl	303
2. Aufgaben	304
a) Überwachung der Geschäftsführung	304
b) Prüfung des Jahresabschlusses	305
c) Geschäftsführung und zustimmungspflichtige Geschäfte	305
d) Anwendung der Regeln über den fakultativen Aufsichtsrat	306
3. Bildung und Zusammensetzung	306
a) Bildung des Aufsichtsrats	306
b) Zusammensetzung	307
c) Bestellung, Amtszeit und Abberufung	308
4. Innere Ordnung und Beschlussfassung	309
II. Der Aufsichtsrat nach dem MitbestG	310
1. Grundlagen, maßgebliche Arbeitnehmerzahl	310
2. Aufgaben	311
a) Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer	311
b) Anstellungsverträge mit den Geschäftsführern	312
c) Vertretung der Gesellschaft	312
d) Ausübung von Beteiligungsrechten	313
e) Pflichten bei Führungslosigkeit	313
3. Größe und Zusammensetzung	313
4. Innere Ordnung und Beschlussfassung	314
III. Rechtsstellung und Vergütung	314
1. Rechtsstellung	314
2. Steuerliche Behandlung der Vergütung	315
D. Der Prüfungsausschuss	315
I. Sonderregelung für die kapitalmarktorientierte GmbH	315
II. Prüfungsausschuss bei Vorhandensein eines Aufsichtsrats	315
1. Obligatorischer Aufsichtsrat	315
2. Fakultativer Aufsichtsrat	316
III. Prüfungsausschuss bei Fehlen eines Aufsichtsrats	316
1. Grundsatz	316
2. Zusammensetzung	317
3. Aufgaben	317
E. Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung (D&O)	318
I. Allgemeine Überlegungen	318
II. Ausgestaltung	318
III. Steuerliche Behandlung	318

§ 7 Finanzierung durch Gesellschafter (Protz/Krome)

A. Vorbemerkung	321
B. Kapitalerhöhung	324
I. Überblick	324
1. Begriff der Kapitalerhöhung	324
2. Arten der Kapitalerhöhung	324
a) Kapitalerhöhung durch Zuführung neuer Mittel	324
b) Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	324
c) Kombination der beiden Kapitalerhöhungsarten	325
3. Motive für eine Kapitalerhöhung	325
II. Ablauf der Kapitalerhöhung durch Zuführung neuer Mittel	326
1. Beschlussfassung der Kapitalerhöhung	326
a) Erhöhungsbeschluss	326
b) Zulassung zur Übernahme der neuen Geschäftsanteile	328
c) Genehmigtes Kapital	329
2. Durchführung der Kapitalerhöhung	329
a) Übernahmevertrag	329
b) Leistung der Einlagen	330
c) Anmeldung und registergerichtliches Verfahren	332
3. Folgen der Kapitalerhöhung	332
a) Auswirkungen bei der GmbH	332
b) Auswirkungen beim Gesellschafter	332
III. Ablauf der Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	334
1. Beschlussfassung der Kapitalerhöhung	335
a) Form	335
b) Voraussetzungen	335
c) Inhalt	336
2. Anmeldung der Kapitalerhöhung und registergerichtliches Verfahren	336
3. Folgen der Kapitalerhöhung	337
a) Auswirkungen bei der GmbH	337
b) Auswirkungen beim Gesellschafter	337
C. Nachschüsse	338
I. Überblick	338
II. Beschränkte und unbeschränkte Nachschusspflicht	338
1. Begründung der Nachschusspflicht	338
2. Zahlung der Nachschüsse	339
a) Einforderung	339
b) Bilanzielle Behandlung	340
c) Rechte des Gesellschafters	340
d) Steuerliche Behandlung	340
3. Rechtsfolgen bei Säumnis	340
a) Bei beschränkter Nachschusspflicht	340
b) Bei unbeschränkter Nachschusspflicht	341
4. Rückzahlung von Nachschüssen	342
a) Voraussetzungen und Rechtsfolgen	342
b) Steuerliche Behandlung	343
D. Nebenleistungen	344
I. Überblick	344

Inhaltsverzeichnis

§ 7 Finanzierung durch Gesellschafter

II. Inhalt und rechtliche Behandlung der Nebenleistungen	345
1. Leistungsinhalt	345
2. Mitgliedschaftliche Bindung	345
3. Abwicklung der Leistungspflichten	346
a) Einforderung	346
b) Ausführungsvertrag	346
c) Bilanzielle und steuerliche Behandlung	346
d) Leistungsstörungen	347
e) Rückzahlung	348
E. Verdeckte Einlagen	348
I. Überblick	348
II. Verdeckte Zuführungen von Eigenkapital	349
1. Handelsrecht	349
a) Offene Einlagen	349
b) Verdeckte Einlagen	349
2. Steuerrecht	351
a) Begriff der verdeckten Einlage	351
b) Steuerliche Behandlung	352
F. GmbH & Still	358
I. Überblick	358
II. Die stille Gesellschaft	359
1. Begründung	359
2. Gesetzliche und vertragliche Ausgestaltung	360
a) Typisch stille Gesellschaft	360
b) Atypisch stille Gesellschaft	361
3. GmbH-Beteiligung und stille Beteiligung	363
4. Bilanzielle Behandlung	363
5. Steuerliche Behandlung	364
a) Ertragsteuern	364
b) Substanzsteuern	368
6. Übertragung und Auflösung der stillen Gesellschaft	369
G. Genussrechte	370
I. Überblick	370
II. Behandlung der Finanzierungs-Genussrechte	371
1. Entstehung	371
2. Inhalt	372
a) Rechtsnatur und Ausgestaltung des Genussrechts	372
b) Verhältnis zum Gesellschaftsrecht	373
c) Übertragbarkeit	374
d) Haftung	374
3. Bilanzielle Behandlung	374
a) Bei der Gesellschaft	374
b) Beim Genussrechtsinhaber	376
4. Steuerliche Behandlung	377
a) Ertragsteuern	377
b) Substanzsteuern	381
5. Beendigung	381

H. Darlehensfinanzierung	382
I. Überblick	382
II. Zivilrechtliche Behandlung	383
III. Bilanzieller Ausweis	384
IV. Steuerliche Behandlung	385
1. Einkommen-/Körperschaftsteuer	385
2. Gewerbesteuer	386

§ 8 Kapitalerhaltung (Otto)

A. Erhaltung des Stammkapitals	389
I. Überblick zu §§ 30 und 31 GmbHG	389
II. Das Auszahlungsverbot (§ 30 GmbHG)	390
1. Verminderung des zur Erhaltung des Stammkapitals erforderlichen Vermögens	390
2. Ermittlung des Vermögens	392
a) Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze	392
b) Abweichungen vom Jahresabschluss	394
3. Maßgeblicher Zeitpunkt	394
4. Verfahren der Ermittlung des Vermögens	395
5. Zulässige und unzulässige Leistungen	395
a) Austauschgeschäft und Drittgeschäfte	396
b) Leistungsäquivalenz im Rahmen des § 30 GmbHG	396
c) Verbindlichkeiten und Sicherheiten zugunsten eines Gesellschafters	398
d) Erwerb eigener Anteile und Einziehung von Anteilen	399
e) Steuerliche verdeckte und offene Gewinnausschüttungen	399
6. Zahlungsempfänger	400
a) Gesellschafter als Leistungsempfänger	400
b) Dritte als Leistungsempfänger	401
7. Gültigkeit des Geschäfts, Leistungsverweigerungsrecht	402
a) Maßgeblichkeit der objektiven Vermögenslage	402
b) Wirkung gegenüber Dritten	403
III. Erstattungspflicht und Haftung (§ 31 GmbHG)	403
1. Erstattungsberechtigter	403
2. Anspruchsgegner	404
a) Gesellschafter	404
b) Dritte als Anspruchsgegner	404
c) Nahestehende Personen und verbundene Unternehmen	405
3. Inhalt des Erstattungsanspruchs	405
a) Rückgewähr von Zahlungen und anderen Leistungen	405
b) Durchsetzung des Anspruchs	406
c) Steuerliche Behandlung der Erstattung	407
4. Guter Glaube und Gläubigerschutz	408
a) Anforderungen an den Gutgläubensschutz	408
b) Erforderlichkeit der Erstattung	409
5. Haftung der Mitgesellschafter	409
a) Doppelte Subsidiarität	409
b) Gesellschafterstellung	410

Inhaltsverzeichnis

§ 8 Kapitalerhaltung

c) Inhalt und Umfang der Haftung	410
d) Steuerliche Behandlung der Haftung	411
6. Beweislast	411
7. Erlass	411
8. Verjährung	412
9. Haftung der Geschäftsführer	412
a) Schadensersatzpflicht gegenüber der Gesellschaft	412
b) Ersatzpflicht ggü. den haftenden Gesellschaftern	413
c) Konkurrierende Gesellschafterhaftung	413
d) Rückgriff	413
e) Steuerliche Behandlung der Haftung	414
10. Anspruchskonkurrenzen	414
IV. Gutgläubig bezogene Gewinnanteile	414
1. Überblick zu § 32 GmbHG	414
2. Voraussetzungen des § 32 GmbHG	415
a) Begünstigte Gewinnanteile	415
b) Rückforderungsanspruch der Gesellschaft	415
c) Gutgläubigkeit des Gesellschafters	416
d) Beweislast	417
3. Rechtsfolgen	417
a) Gutgläubigkeit	417
b) Bösgläubigkeit	417
c) Steuerliche Behandlung der Dividendenerstattung	418
d) Gewinnauszahlung an Dritte	419
B. Kapitalherabsetzung	420
I. Überblick zu §§ 58–58f GmbHG	420
II. Zwecke der Kapitalherabsetzung	421
1. Rückzahlung und Erlass von Einlagen	421
2. Abfindung	421
3. Einstellung in Rücklagen	422
4. Beseitigung einer Unterbilanz	422
5. Sanierung	422
III. Kapitalherabsetzungsbeschluss	423
1. Änderung des Gesellschaftsvertrages	423
2. Inhalt des Beschlusses bei ordentlicher Kapitalherabsetzung	423
a) Zweck der Kapitalherabsetzung	423
b) Höhe der Kapitalherabsetzung	424
c) Auswirkungen auf Geschäftsanteile	424
3. Inhalt des Beschlusses bei vereinfachter Kapitalherabsetzung	425
a) Zweck der Kapitalherabsetzung	425
b) Höhe der Kapitalherabsetzung	425
c) Auswirkungen der Kapitalherabsetzung	426
IV. Durchführung der ordentlichen Kapitalherabsetzung	426
1. Gläubigerschutz	426
a) Bekanntmachung und Gläubigeraufruf	426
b) Einzelmitteilungen	427
c) Widerspruchsrecht der Gläubiger	427
2. Anmeldung zum HR	428
a) Sperrfrist	428

§ 9 Rechnungslegung/Bilanzierung	Inhaltsverzeichnis
b) Anmeldung	428
c) Versicherung	428
3. Eintragung und Veröffentlichung	429
4. Vollzug der ordentlichen Kapitalherabsetzung	429
a) Rechnungslegung	429
b) Sonstige Rechtshandlungen der Geschäftsführung	429
c) Vorzeitige Zahlung	430
V. Durchführung der vereinfachten Kapitalherabsetzung	431
1. Zulässigkeit der vereinfachten Kapitalherabsetzung	431
2. Anpassung der Nennbeträge	432
3. Eintragung ins HR	432
4. Verwendung der gewonnenen Beträge	432
a) Einstellung in die Kapitalrücklage	433
b) Ausschüttungsbeschränkungen für Mehrbeträge	434
c) Beschränkung der zukünftigen Gewinnausschüttung	435
5. Rückbeziehung der Kapitalherabsetzung	436
VI. Vereinfachte Kapitalherabsetzung mit gleichzeitiger Kapital- erhöhung	437
VII. Steuerliche Behandlung der Kapitalherabsetzung nach dem Halbeinkünfteverfahren	438
C. Regeln über Gesellschafterdarlehen	439
I. Entstehungsgeschichte	439
II. Regelungen zu Gesellschafterdarlehen im Insolvenzrecht	440
1. Allgemeine Regelungen	440
2. Regelungen in der Insolvenzordnung	440
3. Sanierungsprivileg	441
4. Kleinbeteiligtenprivileg	441
III. Regelungen zu Gesellschafterdarlehen im Anfechtungsrecht	441
IV. Vereinfachtes Zustellungsrecht	442

§ 9 Rechnungslegung/Bilanzierung (Langseder)

A. Einleitung	444
B. Buchführung	448
I. Buchführungspflicht	448
II. Anforderungen an die Buchführung	450
1. Buchführungsgrundsätze	450
2. Buchführungssystem und Buchführungsformen	452
III. Ort der Buchführung	454
IV. Aufbewahrungspflichten	455
V. Folgen von Verstößen gegen die Buchführungspflicht	458
C. Inventar	459
I. Inhalt und Aufgabe	459
II. Inventur	460
III. Ausnahmen von der jährlichen Bestandsaufnahme	462
D. Eröffnungsbilanz	462

Inhaltsverzeichnis

§ 9 Rechnungslegung/Bilanzierung

E. Jahresabschluss	465
I. Aufstellungspflicht, Aufgaben des Jahresabschlusses, Geschäftsjahr, Sanktionen	465
II. Größenklassen, kapitalmarktorientierte GmbHs, Befreiung von den Rechnungslegungsvorschriften für Kapitalgesellschaften	468
III. Verantwortlichkeit der Geschäftsführer	474
IV. Aufstellungsfrist	476
V. Bilanz und GuV-Rechnung	477
1. Gesetzliches Gliederungsschema	477
2. Gliederungsgrundsätze und Ausweiswahlrechte	481
3. Bilanzierungsgrundsätze	484
4. Besondere Bilanzierungsvorschriften des GmbHG	492
5. Darstellung der Ergebnisverwendung	494
6. Exkurs: E-Bilanz	496
VI. Anhang	504
F. Lagebericht	514
I. Aufstellungspflicht, Funktion des Lageberichts	514
II. Inhalt	516
1. Grundlagen des Unternehmens	516
2. Wirtschaftsbericht	517
3. Prognosebericht und Chancen- und Risikobericht	520
4. Weitere Pflichtangaben	522
III. Berichtsgrundsätze, Sanktionen bei Pflichtverstößen	526
G. Sonstige Berichte	528
I. Entgeltbericht	528
II. Zahlungsbericht bestimmter Unternehmen des Rohstoffsektors	530
H. Konzernrechnungslegung	530
I. Inhalt und Aufgaben	530
II. Aufstellungspflicht	532
1. Mögliche Beherrschung als Grundtatbestand	533
2. Unwiderlegbare Beherrschungsvermutungen	534
3. Gemeinschaftsunternehmen und Gleichordnungskonzerne	537
4. Befreiung von der Aufstellungspflicht	537
5. Unterzeichnung, Folgen bei nicht fristgerechter Aufstellung	539
III. Wesentliche Aufstellungsgrundsätze	539
1. Maßgebende Rechnungslegungsvorschriften	539
2. Einzubeziehende Unternehmen (Konsolidierungskreis)	540
3. Vollkonsolidierung	541
4. Quotenkonsolidierung (anteilmäßige Konsolidierung)	546
5. Equity-Methode	547
IV. Konzernanhang, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalspiegel, Segment- berichterstattung und Konzernlagebericht	549
V. Sanktionen	554
J. Auswirkungen der Corona-Krise auf die Rechnungslegung	555
K. Prüfung	560
I. Prüfungspflicht	560
II. Gegenstand und Umfang der Abschlussprüfung	561

§ 10 Ergebnisermittlung und Ergebnisverwendung	Inhaltsverzeichnis
III. Bestellung des Abschlussprüfers	564
1. Wahl des Abschlussprüfers	564
2. Prüfungsauftrag	567
3. Änderungen in der Person des Abschlussprüfers	568
IV. Einsichts- und Auskunftsrechte	569
V. Prüfungsergebnis	570
1. Prüfungsbericht	570
2. Bestätigungsvermerk	574
VI. Nachtragsprüfung	576
VII. Verantwortlichkeit des Abschlussprüfers	577
1. Gesetzliche Pflichtprüfung	577
2. Freiwillige Prüfung	579
VIII. Prüfungsausschuss bei kapitalmarktorientierten Gesellschaften	580
L. Vorlagepflichten	581
M. Feststellung des Jahresabschlusses	585
I. Feststellungsbeschluss	585
II. Änderung des festgestellten Jahresabschlusses	587
III. Nichtigkeit und Anfechtbarkeit des festgestellten Jahresabschlusses	590
N. Publizität	595
§ 10 Ergebnisermittlung und Ergebnisverwendung (Birnbaum)	
A. Vorbemerkung	616
B. Ergebnisermittlung	617
I. Ergebnisermittlungsregeln	617
1. Einleitung	617
2. Erträge einer Körperschaft aus offenen Gewinnausschüttungen	618
3. Erträge einer Körperschaft aus verdeckten Gewinnausschüttungen (vGA)	618
4. Erträge aus der Veräußerung von Beteiligungen	619
5. Erträge aus der Veräußerung von Organbeteiligungen	620
6. Abzugsverbot gem. § 8b Abs. 3 KStG	620
7. Berücksichtigung des § 8b KStG bei der Gewerbesteuer	620
8. Teilwertabschreibungen und -zuschreibungen auf Beteiligungen	620
9. Teilwertabschreibung auf Forderungen an Beteiligungsgesellschaften ..	621
10. Beteiligungen an Personengesellschaften	621
II. Gestaltungsmöglichkeiten bei der Bilanzierung	622
1. Einleitung	622
2. Kompetenzen	622
3. Grundsätze der Bilanzierung nach BilMoG	623
a) Grundsatz der wirtschaftlichen Zurechnung	623
b) Grundsatz der Ansatzstetigkeit	623
c) Verrechnung von Vermögensgegenständen und Schulden nach § 246 Abs. 2 S. 2 HGB	623
d) Aktivierung der nicht entgeltlich erworbenen Gegenstände des Anlagevermögens	623
e) Abschaffung der umgekehrten Maßgeblichkeit	624

Inhaltsverzeichnis

§ 10 Ergebnisermittlung und Ergebnisverwendung

4. Ansatz- und Bewertungswahlrechte	624
a) Wegfall von Bilanzierungswahlrechten nach dem BilMoG	624
b) Aktive Steuerabgrenzung	625
c) Passive Steuerabgrenzung	625
d) Pensionsrückstellungen	626
e) Drohverlustrückstellungen	627
f) Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	627
5. Bewertung	627
a) Anschaffungskosten in Handelsbilanz und Steuerbilanz	627
b) Bildung von Bewertungseinheiten	628
c) Rückstellungsbewertung	628
d) Abschreibungen	628
e) Währungsumrechnung	629
f) Bewertungswahlrecht bei der Ermittlung der Herstellungskosten ..	629
g) Aktivierung von Bauzeitinsen	630
6. Methodenwahlrechte	630
a) AfA-Methoden	630
b) Bewertung geringwertiger Wirtschaftsgüter bzw. Vermögens-	
gegenstände	631
c) Bewertung des Umlaufvermögens	632
7. Bewertungsstetigkeit	633
a) Bewertungsstetigkeit als GoB	633
b) Abweichungen vom Grundsatz der Bewertungsstetigkeit	633
c) Grundsatz der Bewertungsstetigkeit bei Gegenständen einer	
Gattung	634
8. Zuschreibungen	634
III. Beeinflussung des Gewinns durch Sachverhaltsgestaltung	634
1. Ausgliederung: Grundsätze	634
2. Ausgliederung auf eine Personengesellschaft	635
3. Ausgliederung auf eine Kapitalgesellschaft	636
4. Forderungsverzicht gegen Besserungsschein	636
a) Ebene der Gesellschaft	636
b) Ebene des Gesellschafters	637
C. Ergebnisverwendung	638
I. Formen der Ergebnisverwendung	638
1. Vollausschüttung oder Thesaurierung	638
2. Missbräuchliche Thesaurierung	638
3. Sonderfälle der Ergebnisverwendung	639
a) Vorzugsrechte	639
b) Disquotale Ausschüttung	639
c) Dividendengarantie/Festverzinsung	640
d) „Entnahmerecht“	641
e) Weitere Modelle der Steuerung des Gewinnzuflusses	641
4. Vorabausschüttungen	642
a) Definition	642
b) Voraussetzungen	642
c) Vorbehalt der Rückzahlung	642
d) Zwischenbilanz/Voraussetzung	643
e) Steuerliche Behandlung der Vorabausschüttung	643

5. Aufhebung von Gewinnverwendungsbeschlüssen	644
a) Wirksamer Aufhebungsbeschluss	644
b) Steuerliche Auswirkung der Aufhebung	644
c) Steuerliche Auswirkung bei Nichtigkeit	644
II. Verfahrensablauf	645
1. Normalstatut	645
a) Aufstellung des Jahresabschlusses durch den Geschäftsführer	645
b) Vorlegungspflicht	645
c) Beschlussfassung durch die Gesellschafterversammlung	646
d) Verzögerung der Feststellung des Jahresabschlusses	646
e) Fehlerhafter Jahresabschluss	646
f) Folgen eines fehlerhaften Jahresabschlusses	647
2. Abweichende Regelung	647
a) Delegation auf andere Gremien oder Personen	647
b) Delegation auf den gesetzlich vorgeschriebenen Aufsichtsrat	647
3. Kompetenzverteilung bei der Bilanzierung	648
a) Grenzen des Weisungsrechts der Gesellschafterversammlung	648
b) Meinungsverschiedenheiten zwischen Gesellschaftern und Geschäftsführern	649
c) Änderung der Satzung zugunsten des Geschäftsführers	649
III. Übergangsregelung, wenn die Gewinnverwendungsregelung im Gesellschaftsvertrag auf § 29 GmbHG aF beruht	650
1. Die Übergangsregelung im Einzelnen	650
a) Unbegrenzte Fortgeltung des Vollausschüttungsgebots	650
b) Beibehaltung des Vollausschüttungsanspruchs	650
2. Beschluss über die Anpassung und Minderheitenrechte	651
D. Gewinnanspruch	651
I. Gewinnanspruch und Grundsätze der Ergebnisverteilung	651
1. Definition des Gewinnanspruchs	651
2. Grundsätze der Ergebnisverwendung	652
a) Im Verhältnis der Geschäftsanteile zueinander	652
b) Eingezogene Anteile	652
c) Abweichender Aufteilungsmaßstab nach Gesellschafts- vertrag	652
d) Nachträgliche Abänderung des Gewinnverteilungs- maßstabes	652
II. Gegenstand des Gewinnanspruchs	652
1. Gewinnvortrag	653
2. Einstellung in die Gewinnrücklage	653
3. Gewinnanspruch bei teilweiser Ergebnisverwendung	654
4. Gewinnbeteiligung Dritter	654
a) Tantiemen	654
b) Partiarische Rechtsverhältnisse	654
c) Genussrechte	654
5. Ausschüttungssperren	655
6. Änderung der Bilanz bei abweichender Gewinnausschüttung	655
III. Zeitgleiche Aktivierung des Gewinnanspruchs	655
1. Handelsrechtlich	656
2. Steuerrechtlich	656

Inhaltsverzeichnis

§ 10 Ergebnisermittlung und Ergebnisverwendung

IV. Auszahlungsanspruch	657
1. Forderungsrecht	657
2. Fälligkeit, Verjährung	657
V. Schicksal des Gewinnanspruchs beim Anteilsverkauf	657
1. Vertragliche Absprache	658
2. Verkauf mit Ausschüttungsanspruch durch eine natürliche Person als Gesellschafter	658
a) Verkauf einer nicht wesentlichen Beteiligung	658
b) Verkauf einer wesentlichen Beteiligung	658
3. Keine gesonderte Aktivierung des „gekauften“ Gewinnanspruchs	659
4. Vorabausschüttung durch die Verkäufer	659
VI. Einbehaltung der Kapitalertragsteuer durch die Gesellschaft	659
1. „Stehenlassen“ von Dividenden und Stundung des Auszahlungs- anspruchs	660
2. Anrechnung der Kapitalertragsteuer	660
3. Kapitalertragsteuer bei Ausschüttung an ausländische Körperschaften als Gesellschafter	660
VII. Gewinnanspruch und §§ 30 ff. GmbHG	661
1. Verstoß gegen §§ 30, 31 GmbHG durch Gewinnausschüttung	661
2. Guthaben aus Ausschüttungsansprüchen als kapitalersetzende Darlehen	661
E. Verdeckte Gewinnausschüttung	661
I. Verdeckte Gewinnausschüttung (vGA) im Handelsrecht	662
1. Definition	662
2. Zulässigkeit der vGA	662
a) Absolute Grenzen der §§ 30, 31 GmbHG	662
b) Zulässigkeit einer vGA bei Mehrheitsbeschluss	663
c) Beachtung des Gleichbehandlungsgrundsatzes	663
d) Verzicht auf den Gleichbehandlungsgrundsatz durch Gesellschafts- vertrag	663
e) Verletzung der Treuepflicht	664
f) Beseitigung des Verstoßes gegen die Treuepflicht	664
g) Zusammenfassung	664
3. Nichtigkeit und Anfechtbarkeit eines Gesellschafterbeschlusses über eine vGA	664
a) Nichtigkeit des Beschlusses	664
b) Anfechtbarkeit des Beschlusses	665
4. Rechtsfolgen der unzulässigen vGA	665
a) Rückforderungsansprüche der Gesellschaft	665
b) Ausgleichsansprüche der Gesellschafter gegen die Gesellschaft	666
c) Schadensersatzansprüche	667
d) Aktivierung des Rückforderungsanspruchs	667
5. Angabe der zulässigen vGA im Anhang der GmbH	667
II. Verdeckte Gewinnausschüttung (vGA) im Steuerrecht	667
1. Definition	667
2. „Rein steuerliche vGA“	668
3. Steuerliche Auswirkungen der vGA	669
a) Auswirkungen in der Steuerbilanz	669
b) Korrespondenzprinzip bei vGA	669

§ 11 Die Ertragsbesteuerung der GmbH – national

Inhaltsverzeichnis

c) Kapitalertragsteuer bei vGA	669
d) Gewerbesteuerliche Auswirkungen	670
e) vGA und steuerlicher Verlustrücktrag	670
f) Umsatzsteuerliche Auswirkungen	670
g) Rückgängigmachung der vGA	670
h) Leistungen zwischen verbundenen Unternehmen als vGA	671
i) ABC der verdeckten Gewinnausschüttung	672

§ 11 Die Ertragsbesteuerung der GmbH und ihrer Anteilseigner – national (Siever)

A. Die Ertragsteuern der Gesellschaft	689
I. Körperschaftsteuer	689
1. Einleitung	689
a) Unternehmensteuerreform 2001	689
b) Wesentliche gesetzgeberische Maßnahmen bis 2007	690
c) Unternehmensteuerreform 2008	691
d) Weitere Reformen bis 2019	692
e) Corona-Steuerhilfegesetze 2020	693
f) Die Steuerbelastung der GmbH im internationalen Vergleich	694
g) Zuständigkeit und Körperschaftsteueraufkommen	695
2. Die allgemeinen Besteuerungsgrundsätze	696
a) Die GmbH als selbständiges Steuersubjekt	696
b) Überleitung vom Gewinn zum körperschaftsteuerlichen Einkommen	698
c) Die Besteuerung des Einkommens	710
d) Übergangsregelungen	710
e) Einlagekonto/Rückgewähr von Einlagen	710
3. Sonderaspekte bei der laufenden Besteuerung	712
a) Verlustverrechnung	712
b) Steuerfreie, steuerbegünstigte und tarifbesteuerte Einnahmen	722
c) Auswirkungen von verdeckten Gewinnausschüttungen (vGA)	723
d) Fremdfinanzierung	724
e) Steuerbelastung bei Ausschüttung ohne ausreichenden Gewinn	735
f) Steuerliche Fördermaßnahmen: Investitionszulagengesetz 2007	736
g) Sonstige Fördergesetze	736
4. Die steuerfreie GmbH	737
a) Die gemeinnützige GmbH	737
b) Die Unterstützungs-GmbH	738
c) Beginn und Erlöschen einer Steuerbefreiung	739
5. Die Körperschaftsteuer der GmbH im Veranlagungszeitraum	739
a) Entstehung der Körperschaftsteuer	739
b) Schema: Ermittlung der Körperschaftsteuer des Veranlagungszeitraums	739
6. Besteuerungsverfahren	740
a) Allgemeines	740
b) Steuererklärungspflicht	740
c) Durchführung der Besteuerung (Veranlagung)	740

Inhaltsverzeichnis § 12 Die Ertragsbesteuerung der GmbH – international

7. Verfahren bei Gewinnausschüttungen	741
a) Einbehaltung und Abführung von Kapitalertragsteuer	741
b) Bescheinigungen	742
c) Haftungsfragen	742
II. Der Solidaritätszuschlag	743
III. Die Gewerbeertragsteuer	743
1. Einleitung	743
2. Die allgemeinen Besteuerungsgrundsätze	745
a) Bemessungsgrundlage und Steuerfestsetzung	745
b) Begründung und Beendigung der Steuerpflicht	745
c) Überleitung vom körperschaftsteuerpflichtigen Einkommen zum Gewerbeertrag	746
d) Ermittlung des Steuermessbetrages aus Gewerbeertrag	750
e) Festsetzung, Erhebung und Entrichtung der Gewerbebesteuer	751
f) Zerlegung des Steuermessbetrages	752
g) Die gewerbebesteuerliche Organschaft	752
B. Ertragsteuern des Gesellschafters aus seiner Beteiligung	753
I. Einleitung	753
II. Unbeschränkt steuerpflichtiger Gesellschafter	753
1. Natürliche Personen/Personengesellschaften	753
a) Einführung der Abgeltungssteuer, Teileinkünfteverfahren	754
b) Regelung des § 17 EStG für Anteile im Privatvermögen/spezieller Aspekt: Ausfall von Finanzierungshilfen im Privatvermögen	757
c) Behandlung der vGA	760
d) Halb-/Teileinkünfteverfahren für Dividenden	761
2. Kapitalgesellschaften als Anteilseigner	761
a) Unmittelbare Beteiligungen an einer GmbH	761
b) Mittelbare Beteiligung an einer GmbH über eine Personen- gesellschaft	762
III. Behandlung der Kapitalertragsteuer	763
IV. Gewerbebesteuer	764

§ 12 Die Ertragsbesteuerung der GmbH und ihrer Anteilseigner – international (Keller)

A. Einleitung und Überblick zu den Entwicklungen im internationalen Steuerrecht	766
B. Internationale Doppel- und Minderbesteuerung und deren Vermeidung	770
I. Problem der internationalen Doppel- und Minderbesteuerung	770
II. Vermeidung der Doppelbesteuerung durch unilaterale Maßnahmen bzw. DBA	771
1. Unilaterale Entlastung von der Doppelbesteuerung	772
a) Methodik der direkten Anrechnung	772
b) Keine Anrechnung auf deutsche GewSt	775
2. Bilaterale Entlastung von der Doppelbesteuerung durch DBA	776
a) Rechtsnatur und Aufbau der DBA	776
b) Die Bedeutung der Ansässigkeit	778
c) Die Zuordnung zu den DBA-Einkunftsarten	780

§ 12 Die Ertragsbesteuerung der GmbH – international	Inhaltsverzeichnis
d) Die Anrechnungsmethode nach DBA	783
e) Die Freistellungsmethode nach DBA	783
C. Besteuerung der inländischen GmbH und ihrer ausländischen Anteilseigner (Inbound)	785
I. Besteuerung der inländischen GmbH	785
II. Besteuerung der im Ausland ansässigen Anteilseigner	786
1. Beschränkte Steuerpflicht der ausländischen Anteilseigner	786
2. Missbrauchsausschluss (Anti-Treaty Shopping)	788
D. Besteuerung der inländischen GmbH mit Auslandsaktivitäten (Outbound)	789
I. Arten der unternehmerischen Auslandsaktivitäten	789
II. Investitionen in ausländische Betriebsstätten	789
1. Ermittlung und Zuordnung von Betriebsstättenergebnissen	789
2. Entstrickung und Verstrickung	791
a) Überblick	791
b) Hauptanwendungsfälle	794
3. Probleme der Verlustkompensation	795
III. Beteiligung an AuslandsKapGes	797
1. Überblick	797
2. Deutsche Holding GmbH als internationales Plattformvehikel	798
3. Basisgesellschaften	799
4. Grenzüberschreitende Organschaft	800
5. Einlagenrückgewähr durch ausländische Tochtergesellschaft	801
IV. Hinzurechnungsbesteuerung	802
1. Überblick	802
2. Möglichkeit des Gegenbeweises (Motivtest)	803
3. Dividenden und Veräußerungsgewinne	804
4. Zwischeneinkünfte mit Kapitalanlagecharakter	806
5. Rechtsfolgen der Hinzurechnungsbesteuerung	806
E. Wegzugs- und Zuzugsbesteuerung	807
I. Wegzug und Zuzug von KapGes	807
1. Zivilrechtliche Beurteilung grenzüberschreitender Sitzverlegungen ...	807
2. Steuerrechtliche Beurteilung grenzüberschreitender Sitzverlegungen	808
II. Wegzug natürlicher Personen mit KapGes-Beteiligung	809
III. Brexit: Ertragsteuerliche Aspekte für KapGes und Anteilseigner	810
F. Verrechnungspreiskorrekturen	811
I. Überblick und Grundsätze	811
1. International	811
2. National	812
II. Verrechnungspreisermittlung und -methoden	815
III. Funktionsverlagerung	817
1. Überblick	817
2. Funktionsverlagerung dem Grunde nach	817
3. Bewertung als Transferpaket	818
IV. Dokumentationspflichten und Sanktionen	819
1. Überblick	819

Inhaltsverzeichnis

§ 13 Der Geschäftsanteil im Rechtsverkehr

2. Dokumentationsanforderungen	820
a) Mitwirkungspflichten des § 90 Abs. 3 AO	820
b) Country-by-Country-Reporting	821
V. Sanktionen bei Nichteinhaltung	822

G. Besondere Verfahrensvorschriften bei grenzüberschreitender

Besteuerung	822
I. Mitteilungspflichten für Auslandengagements nach §§ 138, 138b AO	822
II. Mitteilungspflichten für grenzüberschreitende Gestaltungen nach § 138d bis § 138k AO	824
III. (Erhöhte) Mitwirkungspflichten	824
1. Überblick	824
2. Buchführungspflichten	825
IV. Amts- und Rechtshilfe	826
V. Verständigungs- und Schiedsverfahren	829
1. Überblick	829
2. Verständigungsverfahren nach DBA	830
3. Verfahren nach EU-Schiedskonvention	831
4. EU-Streitbeilegungsverfahren	832

§ 13 Der Geschäftsanteil im Rechtsverkehr (Schacht/Petersen)

A. Vorbemerkung	835
B. Veräußerung von GmbH-Geschäftsanteilen	835
I. Gesellschaftsrecht	835
1. Überblick	835
2. Die Verpflichtung zur Abtretung eines GmbH-Geschäftsanteiles (Verpflichtungsgeschäft)	835
a) Gesetzlich vorgeschriebene Form	835
b) Formbedürftige Verpflichtungsgeschäfte	837
c) Formfreie Abtretungsverpflichtungen	838
d) Formpflicht bei gesellschaftsrechtlichen Vorgängen	839
e) Umfang der Formpflicht	840
f) Heilung bei Verstoß gegen Formvorschriften	840
3. Die Abtretung des GmbH-Geschäftsanteils (Dinglicher Vollzug)	841
a) Vertrag und Inhalt	841
b) Form und Umfang des Formzwangs	842
c) Formfreie Übertragungsvorgänge	843
d) Folge des Verstoßes gegen die Formvorschrift	844
e) Einschränkung der Abtretbarkeit (Vinkulierung)	844
f) Wirkung der Abtretung	847
g) Rechtswirkungen nichtiger Abtretungen	849
4. Gutgläubiger Erwerb von Geschäftsanteilen	849
5. Vollmacht/Genehmigung	850
6. Aufnahme des Erwerbers in die Liste der Gesellschafter	851
7. Veräußerung von Teilen an Geschäftsanteilen	853
8. Zusammenlegung von Geschäftsanteilen	854

9. Einzelaspekte beim Kauf/Verkauf von Geschäftsanteilen	854
a) Vertragsanbahnung	854
b) Ansprüche aus Vertragsverhandlungen/Abbruch von Verhandlungen	855
c) Aufklärungspflicht/Schutzpflichten/Schadenersatz	856
d) Prüfung der Gesellschaft (Due Diligence)/Auskunftserteilung an den Käufer	858
e) Übertragung der Geschäftsanteile	861
f) Das gesetzliche System der Gewährleistungen beim Kauf von GmbH-Geschäftsanteilen	862
g) Das typische vertragliche System der Gewährleistungen beim Kauf von GmbH-Geschäftsanteilen	863
II. Steuerrecht	864
1. Einkommensteuer/Körperschaftsteuer/Gewerbsteuer bei Verkauf/Kauf von Geschäftsanteilen	864
a) Besteuerung des Veräußerungsgewinns, steuerliche Erfassung der erworbenen Geschäftsanteile	864
b) Steuerliche Aspekte bei Gewährleistung	865
2. Umsatzsteuer	865
3. Grunderwerbsteuer	866
a) Vorbemerkung wegen beabsichtigter Gesetzesänderung betreffend den Share Deal	866
b) Anteilsvereinigung nach derzeit geltender Rechtslage	866
c) Anteilsvereinigung nach zukünftiger Rechtslage	869
d) Anteilsvereinigung im Organkreis	869
e) Änderung des Gesellschafterbestands von mehr als 90% innerhalb von zehn Jahren (§ 1 Abs. 2b GrEStG-E)	870
f) Rückgängigmachung bzw. Rückerwerb	871
4. Erbschaftsteuer	872
C. Unterbeteiligung am GmbH-Geschäftsanteil	872
I. Zweck und gesellschaftsrechtliche Grundlagen	872
II. Beendigung der Unterbeteiligung	873
III. Ertragsteuerliche Behandlung	874
1. Typische Unterbeteiligung	874
2. Atypische Unterbeteiligung	875
IV. Sonstige Steuern	876
D. Treuhand- und Sicherungsabtretung von GmbH-Geschäftsanteilen	877
I. Gesellschaftsrechtliche Grundlagen	877
1. Zulässigkeit	877
2. Form von Verpflichtungsgeschäft und Abtretung	877
3. Veräußerungsbeschränkungen	878
4. Wirkung der Treuhandabtretung	878
6. Insolvenz des Treugebers/Treuhänders	879
II. Steuerrechtliche Auswirkungen von Treuhandverhältnissen	880
1. Zurechnung beim Treugeber	880
2. Grunderwerbsteuer nach dem Treuhänderlass	880
E. Verpfändung von GmbH-Geschäftsanteilen	881

Inhaltsverzeichnis

§ 14 Das Ausscheiden aus der GmbH

F. Transparenzregister	883
I. Grundzüge	883
II. (Mittelbare) Kontrolle	884
1. Unterbeteiligung	884
2. Treuhand	884
G. Besonderheiten bei Beteiligung Familienangehöriger	885
I. Beteiligung Minderjähriger	885
II. Eheliches Güterrecht	886
III. Steuerrechtliche Anforderungen bei Verträgen mit Familienangehörigen	887
H. Zwangsvollstreckung/Insolvenz	888

§ 14 Das Ausscheiden aus der GmbH (Taetzner/Maul)

A. Übersicht	893
B. Einvernehmliches Ausscheiden	895
I. Begriffsbestimmung	895
II. Die Formen des Ausscheidens und die Auswahlkriterien	895
1. Formen des Ausscheidens	895
2. Auswahlkriterien	895
a) Zusammenfassung	895
b) Auswahlkriterien im Einzelnen	896
III. Ausscheiden durch Abtretung des Geschäftsanteils an Gesellschafter oder Dritte	901
1. Übersicht	901
2. Besonderheiten im Vergleich zu den übrigen Ausscheidensformen	901
IV. Ausscheiden durch Abtretung des Geschäftsanteils an die GmbH (Erwerb eigener Geschäftsanteile)	901
1. Übersicht und Vergleich mit anderen Ausscheidensformen	901
2. Gesetzliche Voraussetzungen des Kapitalschutzes	902
a) Kapitalaufbringung	902
b) Kapitalerhaltung	903
c) Umgehungsverbote	906
3. Gesellschaftsvertragliche Voraussetzungen – Vertragsvorschläge	907
4. Rechtsfolgen	907
5. Bilanzielle Auswirkungen	908
6. Kaufpreis	909
7. Verfahrensfragen	909
8. Verfahrenskosten	909
9. Zeitdauer des Verfahrens	910
10. Publizitätsfragen	910
11. Rechte Dritter am Geschäftsanteil	910
12. Der Erwerb aller eigenen Geschäftsanteile (sog. Kein-Mann-GmbH)	910
13. Veräußerung eigener Anteile	911
14. Steuerliche Folgen	911
a) Ertragsteuern	911
b) Erbschaft- und Schenkungsteuer	912
c) Grunderwerbsteuer beim Ausscheiden durch Anteilsvereinigung in einer Hand und ggf. neue Tatbestände	912

V. Ausscheiden durch freiwillige Einziehung	913
1. Übersicht und Vergleich mit anderen Ausscheidensformen	913
2. Gesetzliche Anforderungen an den Gesellschaftsvertrag	913
3. Gesetzliche Voraussetzungen des Kapitalschutzes	914
a) Kapitalaufbringung	914
b) Kapitalerhaltung	914
4. Abfindung	915
5. Gesellschaftsvertragliche Voraussetzungen – Vertragsvorschläge	917
6. Rechtsfolgen	917
7. Bilanzielle Auswirkungen	918
8. Verfahrensfragen	918
9. Verfahrenskosten	919
10. Zeitdauer des Verfahrens	919
11. Publizitätsfragen	919
12. Rechte Dritter am Geschäftsanteil	919
13. Die Einziehung aller Geschäftsanteile (sog. Kein-Mann-GmbH)	919
14. Steuerliche Folgen	920
a) Ertragsteuern	920
b) Erbschaft- und Schenkungsteuer	920
c) Grunderwerbsteuer wegen Anteilsvereinigung zu 95% in einer Hand	920
VI. Ausscheiden durch Kapitalherabsetzung	920
1. Übersicht	920
2. Besonderheiten im Vergleich zu den übrigen Ausscheidensformen	920
VII. Steuerfolgen beim Ausscheiden von „lästigen Gesellschaftern“	921
1. Leistungen durch die GmbH	921
a) Nachweis der Lästigkeit des Gesellschafters	922
b) Nachweis der Erbringung von Abfindungsleistungen	922
c) Betriebliche Veranlassung der Zuzahlung	923
2. Leistungen durch andere Gesellschafter	923
3. Besteuerung des „lästigen Gesellschafters“	923
C. Streitiges Ausscheiden	924
I. Begriffsbestimmung	924
II. Ausscheiden auf Initiative der anderen Gesellschafter oder der GmbH	924
1. Ausschluss aus der GmbH	924
a) Kein allgemeines Ausschlussrecht	924
b) Ausschluss aus wichtigem Grund	924
c) Ausschlussrecht durch Gesellschaftsvertrag, insbesondere zwangsweise Einziehung	927
2. Ausschluss des mit der Einlage säumigen Gesellschafters (§§ 21 ff. GmbHG)	929
3. Ausschluss des mit einer unbeschränkten Nachschusspflicht säumigen Gesellschafters (§ 27 GmbHG)	930
III. Ausscheiden auf Initiative des Gesellschafters	930
1. Austritt aus der GmbH (Kündigung)	930
a) Austritt (Kündigung) aus wichtigem Grund	930
b) Austrittsrecht durch Gesellschaftsvertrag	932
2. Zurverfügungstellung des Geschäftsanteils bei unbeschränkter Nachschusspflicht (§ 27 GmbHG)	932

Inhaltsverzeichnis

§ 15 Umwandlungen – national

IV. Beschränkung der Abfindung im Gesellschaftsvertrag	932
1. Der gesetzliche Abfindungsanspruch	932
2. Zulässigkeit der Abfindungsbeschränkung im Gesellschafts- vertrag	933
a) Sittenwidrigkeit	933
b) Mittelbare Einschränkung des Austrittsrechts	935
c) Änderung der Geschäftsgrundlage	935
3. Abfindungsausschluss	936
V. Steuerfolgen des streitigen Ausscheidens	936
D. Gesellschaftsvertragliches Ausscheiden (sog. Automatik Klauseln)	936
E. Erbschaft- und Schenkungsteuerprobleme durch Abfindungsklauseln	937
I. Erbschaft- und schenkungsteuerliche Vorgänge	937
II. Verschonungsregelung	939
F. Grunderwerbsteuer bei Anteilsvereinigung zu 95 % in einer Hand durch Ausscheiden	940
§ 15 Umwandlungen – national (Otto/Scholz)	
A. GmbH als übernehmender Rechtsträger	945
I. Verschmelzung auf die GmbH	945
1. Kapitalgesellschaft auf GmbH	945
a) Zivilrecht	945
b) Steuerrecht	958
2. Personengesellschaft auf GmbH	966
a) Zivilrecht	966
b) Steuerrecht	969
II. Spaltung auf eine GmbH	970
1. Zivilrecht	970
a) Einleitung	970
b) Kapitalgesellschaft auf GmbH	971
c) Personengesellschaft auf GmbH	982
d) Ausgliederung eines Einzelunternehmens auf eine GmbH	984
2. Steuerrecht	987
a) Spaltung iSd § 15 UmwStG	987
b) Rechtsfolgen bei Fehlen der Teilbetriebsvoraussetzungen	989
c) Missbrauchsregelungen des § 15 Abs. 2 UmwStG	990
d) Auswirkungen auf bestehende Verlustvorträge	991
e) Auswirkungen auf Organschaften	992
III. Einbringung in eine GmbH (§§ 20ff. UmwStG)	992
1. Zivilrechtliche Anwendungsfälle	992
2. Steuerrecht	995
a) Einbringung Betrieb/Teilbetrieb	995
b) Anteilstausch gem. § 21 UmwStG	998
c) Einbringungsgewinn I	999
d) Nachweispflichten, § 22 Abs. 3 UmwStG	1002
e) Einbringungsgewinn II	1003
f) Auswirkungen auf Organschaften	1003

§ 16 Die GmbH im Internationalen Umwandlungssteuerrecht **Inhaltsverzeichnis**

IV. Formwechsel in die GmbH	1004
1. Formwechsel aus einer Kapitalgesellschaft	1004
a) Zivilrecht	1004
b) Steuerrecht	1009
2. Formwechsel aus einer Personengesellschaft	1010
a) Zivilrecht	1010
b) Steuerrecht	1013
B. GmbH als übertragender Rechtsträger	1013
I. Verschmelzung einer GmbH	1013
1. Zivilrecht	1013
a) Verschmelzung auf eine AG	1013
b) Verschmelzung auf eine Personenhandelsgesellschaft	1020
2. Steuerrecht	1021
a) Verschmelzung auf eine Kapitalgesellschaft	1021
b) Verschmelzung auf eine Personengesellschaft	1021
II. Spaltung einer GmbH	1024
1. Zivilrecht	1024
a) Spaltung auf eine AG	1025
b) Spaltung auf eine Personenhandelsgesellschaft	1027
2. Steuerrecht	1029
III. Formwechsel einer GmbH	1029
1. Zivilrecht	1029
a) Formwechsel GmbH in AG	1029
b) Formwechsel GmbH in Personenhandelsgesellschaft	1033
2. Steuerrecht	1036
a) Formwechsel GmbH in AG	1036
b) Formwechsel in Personenhandelsgesellschaft	1037

§ 16 Die GmbH im Internationalen Umwandlungssteuerrecht (Prinz)

A. Internationale Umstrukturierungen mit GmbHs: Bedeutung, Rechtsstand, Systematik	1040
B. Grenzüberschreitende Verschmelzungen mit GmbHs	1042
I. Hinausverschmelzung einer deutschen GmbH auf eine ausländische Kapitalgesellschaft	1042
1. Gesellschaftsrecht	1043
2. Steuerrecht	1044
a) Beteiligtentest: EU/EWR Kapitalgesellschaft	1045
b) Grenzüberschreitende Verschmelzung als „vergleichbarer ausländischer Vorgang“	1046
c) Schlussbilanz der übertragenden GmbH: Steuersubstrat- und Entstrickungstest	1046
d) Funktionale inhaltliche/zeitliche Zuordnung der übergehenden Wirtschaftsgüter zu einer Betriebsstätte	1050
e) Besteuerung beim übernehmenden ausländischen Rechtsträger	1053
f) Besteuerung der Gesellschafter der übertragenden GmbH	1053
g) Grenzen rückwirkender Hinausverschmelzung	1054
h) Sonderproblem: Organschaft	1055
i) Keine Anwendbarkeit des UmwStG	1056

Inhaltsverzeichnis § 16 Die GmbH im Internationalen Umwandlungssteuerrecht

II. Hereinverschmelzung einer ausländischen Kapitalgesellschaft auf eine deutsche GmbH	1057
1. Gesellschaftsrecht	1057
2. Steuerrecht	1058
a) Übertragende ausländische Gesellschaft	1058
b) Übernehmende inländische GmbH	1060
c) Anteilseigner der übertragenden ausländischen Kapitalgesellschaft	1061
d) Grenzen rückwirkender Hereinverschmelzung	1062
e) Keine Anwendbarkeit des UmwStG	1063
C. Grenzüberschreitende Spaltung/Einbringung/Anteilstausch bei der GmbH	1063
I. Spaltung	1063
1. Gesellschaftsrecht	1064
2. Steuerrecht	1065
II. Einbringung durch Sacheinlage	1066
1. Gesellschaftsrecht	1067
2. Steuerrecht	1067
a) Abstrakt: Auslandsbezug der beteiligten Rechtsträger	1067
b) Konkret: Konstellationen bei auslandsbezogenen Einbringungen	1068
III. Anteilstausch	1070
1. Gesellschaftsrecht	1070
2. Steuerrecht	1071
a) Abstrakt: Auslandsbezug der beteiligten Rechtsträger	1072
b) Konkret: Konstellationen bei auslandsbezogenem Anteilstausch	1073
D. Grenzüberschreitender Formwechsel mit GmbHs	1078
I. Grundlagen: Typuswahrender/typusändernder grenzüberschreitender Formwechsel	1078
II. Typuswahrender Hinaus- und Hereinformwechsel einer GmbH	1080
III. Typusändernder Hinaus- und Hereinformwechsel einer GmbH	1081
1. „Formwechsel“ hinaus aus Deutschland (Wegzug)	1081
2. „Formwechsel“ herein nach Deutschland (Zuzug)	1083
E. Inländische Umstrukturierung von GmbHs mit Auslandsbezug	1084
I. Verschmelzung von inländischen GmbHs	1084
1. Side stream Verschmelzung	1084
a) Auslandsgesellschafter	1085
b) Auslandsvermögen	1086
2. Downstream Verschmelzung	1086
II. Formwechsel einer Personengesellschaft in eine GmbH	1088
III. Formwechsel einer GmbH in eine Personengesellschaft	1089
F. Auslandsumstrukturierung von Kapitalgesellschaften mit Inlandsbezug	1090
I. Vergleichbarkeitstest als umwandlungssteuerliche Grundlage	1090
II. Auslandsverschmelzung von KapGes mit Inlandsgesellschafter	1092
III. Auslandsverschmelzung von Kapitalgesellschaften mit Inlandsbetriebsstätte	1094
IV. Auslandsformwechsel	1095
G. Grenzüberschreitende Sitzverlegung einer GmbH	1096

H. Steuerplanerische Beratungsüberlegungen für GmbH-bezogene Umstrukturierungen mit Auslandsbezug	1098
I. Missbrauch rechtlicher Gestaltungsmöglichkeiten (§ 42 AO), schädlicher Gesamtplan und „aggressive“ internationale Umwandlungsplanung	1098
II. Treaty Override	1100
III. Internationale Absicherungsmöglichkeiten	1102
§ 17 Die GmbH in der Krise (Rieser)	
A. Krisenentstehung und Krisenverlauf	1106
B. Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung	1108
I. Zahlungsunfähigkeit und drohende Zahlungsunfähigkeit	1108
II. Überschuldung	1111
C. Krise, Krisenfrüherkennung und Stabilisierung	1113
I. Krisen	1113
II. Krisenfrüherkennung	1115
III. Stabilisierung	1117
D. Sanierungsfähigkeit und Sanierungswürdigkeit	1118
I. Allgemeines	1118
II. Beurteilung der Sanierungsfähigkeit	1119
1. Wirtschaftliche Ausgangslage	1119
2. Konzeptinhalte	1122
a) Leistungswirtschaftliche Sanierung	1125
b) Finanzielle Sanierung	1126
3. Planverprobungsrechnung	1129
4. Umsetzung	1130
5. Absicherung des Sanierungserfolgs	1132
6. Integrierter Unternehmensplan	1132
III. Beurteilung der Sanierungswürdigkeit	1133
IV. Sanierungsprozess im formellen Verfahren	1133
E. Steuerliche Behandlung der Sanierung	1135
I. Allgemeines	1135
II. Zinsschranke	1136
III. Beteiligungserwerb zum Zweck der Sanierung	1137
IV. Forderungsverzicht	1137
V. Debt/Equity Swap	1139
VI. Debt Push Up	1140
VII. Schenkungssteuerliche Folgen	1140
F. Pflichten der Geschäftsführer in der Unternehmenskrise	1141
I. Allgemeines	1141
II. Einberufung der Gesellschafterversammlung	1142
III. Keine Zahlungen an die Gesellschafter vor Insolvenzreife	1143
IV. Pflichten bei Eintritt der Insolvenzreife	1144
V. Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens und Haftungsfragen	1144
VI. Jahresabschluss	1146
1. Aufstellungsfrist	1146
2. Ansatz und Bewertung	1146

Inhaltsverzeichnis

§ 18 Auflösung und Liquidation

3. Angaben im Anhang	1149
4. Berichterstattung im Lagebericht	1150
G. Pflichten des Aufsichtsrats und der Gesellschafter	1150
I. Aufsichtsrat	1150
II. Gesellschafter	1151

§ 18 Auflösung und Liquidation (Helm/Haaf)

A. Vorbemerkungen	1154
B. Die Auflösung der GmbH	1155
I. Auflösungsgründe	1155
1. Auflösungsgründe, die zur Liquidation führen	1156
a) Auflösungsbeschluss der Gesellschafter	1156
b) Auflösung durch gerichtliches Urteil oder Verwaltungsakt	1157
c) Auflösung mit Rechtskraft einer Verfügung des Registergerichts	1158
d) Auflösung durch Nichtigkeitsklärung der Gesellschaft	1158
e) Auflösung durch Eröffnung des Insolvenzverfahrens oder Ablehnung der Eröffnung mangels Masse	1159
f) Erwerb oder Einziehung aller eigenen Anteile	1160
g) Sitzverlegung ins Ausland	1160
h) Statutarische Auflösungsgründe	1161
2. Auflösungsgründe, die nicht zur Liquidation führen	1162
a) Löschung der Gesellschaft wegen Vermögenslosigkeit	1162
b) Umwandlungssachverhalte	1163
II. Rechtsfolgen der Auflösung	1163
1. Auswirkungen auf die Gesellschaft	1163
2. Firma und anwendbares GmbH-Recht	1164
3. Stellung der Gesellschafterversammlung	1164
III. Fortsetzung der aufgelösten Gesellschaft	1164
1. Fortsetzungsvoraussetzungen	1164
2. Der Fortsetzungsbeschluss	1165
C. Das Liquidationsverfahren	1165
I. Träger der Liquidation	1165
II. Aufgaben des Liquidators	1166
1. Gerichtliche und außergerichtliche Vertretung der Gesellschaft	1166
2. Anmeldung der Auflösung	1167
3. Bekanntgabe der Auflösung und Aufforderung an die Gläubiger	1167
4. Beendigung der laufenden Geschäfte und Eingehung neuer Geschäfte	1168
5. Erfüllung der Verpflichtungen der Gesellschaft	1168
6. Einziehen der Forderungen der Gesellschaft	1169
7. Versilbern des Vermögens der Gesellschaft	1170
8. Steuerrechtliche Pflichten des Liquidators	1171
9. Haftung und Entlastung des Liquidators	1171
III. Sperrjahr	1171
IV. Unzulässigkeit der Gewinnausschüttung während der Liquidation	1172

§ 19 Nachfolgeplanung	Inhaltsverzeichnis
V. Vermögensverteilung	1173
1. Der Anspruch auf Verteilung des Liquidationsüberschusses	1173
2. Der Verteilungsmaßstab	1174
D. Beendigung	1175
I. Zeitpunkt der Löschung im Handelsregister	1175
II. Aufbewahrung der Bücher und Schriften	1176
E. Rechnungslegung in der Liquidation	1176
I. Besonderer Sorgfaltsmaßstab	1176
II. Schlussbilanz der werbenden GmbH	1177
III. Liquidationseröffnungsbilanz und Erläuterungsbericht	1177
1. Aufstellungszeitpunkt	1177
2. Bilanzierungsgrundsätze	1178
3. Erläuterungspflicht	1178
4. Prüfung und Offenlegung	1179
IV. Jahresabschlüsse und Lageberichte im Liquidationsverfahren	1179
V. Weitere Rechnungslegungswerke	1180
1. Einnahmen-/Ausgabenrechnung	1180
2. Liquidationsschlussbilanz	1180
3. Liquidationsschlussrechnung	1180
F. Besteuerung in der Liquidation	1181
I. Ertragsteuern der Gesellschaft	1181
1. Besteuerungszeitraum	1181
2. Abwicklungsgewinn	1182
a) Allgemeines	1182
b) Abwicklungsanfangsvermögen	1183
c) Abwicklungsendvermögen	1183
d) Schema	1183
3. Auswirkungen der Vermögensverteilung auf die Körperschaftsteuer ..	1184
4. Besonderheiten der Gewerbesteuer	1184
II. Umsatzsteuer	1184
III. Grunderwerbsteuer	1185
IV. Besteuerung der Anteilseigner in der Liquidation	1186
1. Anteile im Privatvermögen	1186
2. Anteile im Betriebsvermögen	1187
a) Anteile im Betriebsvermögen eines Einzelunternehmens oder einer Personengesellschaft	1187
b) Anteile im Betriebsvermögen einer unbeschränkt steuerpflichtigen Körperschaft	1188
3. Kapitalertragsteuer	1188
4. Erbschaftsteuer	1188
G. Liquidation und Auflösung bei einer Unternehmergesellschaft	1189
§ 19 Nachfolgeplanung (Braun/Siemers)	
A. Einleitung	1193
I. Überblick	1193
II. Besonderheiten der Rechtsform	1194

B. Vorweggenommene Erbfolge	1195
I. Gründe für eine vorweggenommene Erbfolge	1195
II. Gestaltungsvarianten und zivilrechtliche Rahmenbedingungen	1197
1. Übertragung des Geschäftsanteils (Teilgeschäftsanteils)	1197
a) Vertragstypen	1197
b) Formalia	1199
c) Teilgeschäftsanteile	1200
d) Verfügungsbeschränkungen	1200
2. Treuhand und Unterbeteiligung	1202
a) Abgrenzungen und Gemeinsamkeiten	1202
b) Unterbeteiligung	1203
3. GmbH & Still, Genussrechte	1204
4. Kapitalerhöhungen	1206
5. Einziehung, „Spaltungen zu Null“	1207
6. Zuwendungsnießbrauch, Betriebsverpachtung	1208
III. Besonderheiten auf Erwerberseite	1208
1. Minderjährige	1208
2. Ausländer	1210
3. Überschuldete Nachfolger	1210
4. Stiftungen	1210
a) Stiftungen zur Unternehmensnachfolge?	1210
b) Stiftungen als Mitgesellschafter	1213
IV. Die weichenden Erben	1214
1. Gestaltungsvarianten	1214
2. Gleichstellungsgelder	1215
3. Pflichtteilsrechte weichender Erben	1215
a) Überblick über das Pflichtteilsrecht	1215
b) Lebzeitige Gestaltungsmöglichkeiten	1217
V. Sinnvolle Satzungsregelungen im Zusammenhang mit vorweggenom- mener Erbfolge	1220
1. Führung und Kontrolle	1221
a) Ebene der Geschäftsführung	1221
b) Ebene der Gesellschafterversammlung	1222
c) Beirat, Aufsichtsrat	1222
d) Familienholding	1224
2. Perpetuierung innerhalb der Familie	1226
a) Verfügungsbeschränkungen	1226
b) Beschränkungen der Vererbbarkeit	1227
c) Bindung an die Gesellschaft	1227
d) Güterstands- und Pflichtteils klauseln	1227
e) Weitere Einziehungsgründe	1228
3. Vorbehalt von Erträgen	1228
VI. Zuwendungen unter Lebenden	1229
1. Gestaltung von Schenkungs- und Zuwendungsverträgen	1229
a) Stichtag, Abgrenzung von Gewinnansprüchen	1229
b) Rückförderungsrechte des Schenkers	1230
c) Familien- und erbrechtliche Anrechnungsbestimmungen	1233
d) Steuerklauseln	1233
e) Nießbrauch	1234
f) Übergabe gegen Versorgungsleistungen	1234

2. Ertragsteuerliche Auswirkungen	1235
a) Entgeltliche und teilentgeltliche Übertragungen	1235
b) Unentgeltliche Übertragungen	1235
c) Übergabe gegen Versorgungsleistungen	1235
d) Geschäftsanteil im Betriebsvermögen	1238
e) Auswirkungen auf Verlust- und Zinsvorträge	1238
3. Erbschaftsteuerliche Auswirkungen	1238
a) Reform des ErbStG ab 2009	1238
b) Persönliche Steuerpflicht	1239
c) Sachliche Steuerpflicht	1240
d) Entstehung der Steuer, Besteuerungsstichtag	1241
e) Bewertung von Geschäftsanteilen	1242
f) Steuerverschonung für Betriebsvermögen	1248
g) Berechnung der Steuer	1256
h) Erhebung der Steuer	1257
i) Besteuerung von Renten und Nutzungen	1257
4. Sonstige Steuern	1257
VII. Nießbrauch	1258
1. Gestaltungsvarianten und zivilrechtliche Rahmenbedingungen	1259
a) Formerfordernisse beim Nießbrauch an GmbH-Anteilen	1259
b) Vorbehaltsnießbrauch	1259
c) Zuwendungs- und Vermächtnisnießbrauch	1260
d) Stimmrechtsvorbehalte und -beschränkungen	1261
e) Umfang der Nutzungen und Surrogate	1262
2. Ertragsteuerliche Auswirkungen	1263
a) Auswirkungen der Nießbrauchsbestellung	1263
b) Zurechnung der laufenden Einkünfte	1264
c) Ablösung von Nießbrauchsrechten	1265
3. Erbschaftsteuerliche Auswirkungen	1266
a) Schenkungsvollzug und wirtschaftliches Eigentum	1267
b) Bewertung	1268
c) Abzugsfähigkeit	1269
d) Lebzeitiger Verzicht und § 25 ErbStG aF	1270
C. Nachfolge von Todes wegen	1270
I. Gesetzliche Erbfolge	1270
II. Gewillkürte Erbfolge	1272
1. Grundsätzliches	1272
2. Erbengemeinschaft und Erbauseinandersetzung	1273
a) Zivilrechtliche Grundlagen	1273
b) Ertragsteuerliche Auswirkungen	1275
c) Erbschaftsteuerliche Auswirkungen	1277
3. Teilungsanordnung und Vermächtnis	1279
a) Zivilrechtliche Bedeutung und Abgrenzung	1279
b) Ertragsteuerliche Auswirkungen	1280
c) Erbschaftsteuerliche Auswirkungen	1281
4. Testamentsvollstreckung in den Geschäftsanteil	1282
5. Abfindung weichender Erben	1283
III. Satzungsrechtliche Beschränkungen der Vererbbarkeit von Geschäftsanteilen	1284

Inhaltsverzeichnis

§ 20 Compliance in der GmbH

1. Einziehungsklauseln	1284
a) Zivilrechtliche Ausgestaltung	1284
b) Steuerliche Auswirkungen	1284
2. Abtretungsklauseln	1285
a) Zivilrechtliche Ausgestaltung	1285
b) Steuerliche Auswirkungen	1285
D. Sachverhalte mit Auslandsberührung	1286
I. Grundzüge des Internationalen Privatrechts (IPR)	1286
II. Erbschaftsteuerliche Problemkreise	1287
III. Ertragsteuerliche Hindernisse	1290
§ 20 Compliance in der GmbH (Reichert/Ullrich)	
A. Einleitung	1294
I. Allgemeiner Entwicklungsstand	1294
II. Herausforderungen in der GmbH	1295
B. Rechtsgrundlagen	1296
I. Einordnung der Compliance-Pflichten	1296
II. Reichweite und Grenzen	1297
C. Compliance als Geschäftsführungsaufgabe	1298
I. Compliance-Verantwortung	1298
1. Gesamtverantwortung und Delegation	1298
2. Compliance-Pflichten und Ermessen	1299
II. Systematische Prävention von Verstößen	1301
1. Risikoanalyse als Grundlage	1301
2. Ableitung von Compliance-Maßnahmen	1303
3. Monitoring der Risiken und Anpassung	1304
III. Repressive Verfolgung von Verstößen	1304
1. Aufklären, Abstellen, Ahnden	1305
2. Remediation und Dokumentation	1306
3. Kooperation mit Behörden	1307
D. Einwirkungsmacht der Gesellschafter	1308
I. Weisungsbefugnisse	1308
II. Kontroll- und Überwachungsrechte	1310
III. Entscheidung über Ersatzansprüche	1311
E. Aufsichtsratskontrolle und Reichweite	1312
I. Beratungspflichten	1312
II. Kontroll- und Überwachungspflichten	1314
III. Vorlagepflichten bei Ersatzansprüchen	1315
F. Haftungsrisiken bei Non Compliance	1316
I. Geschäftsführerhaftung	1316
II. Gesellschafterhaftung	1317
III. Aufsichtsratshaftung	1318
G. Besonderheiten im Konzern	1319
I. Pflichtenlage in der herrschenden GmbH	1319
II. Pflichtenlage in der abhängigen GmbH	1320

§ 21 Die GmbH im Konzern (Vogt)

A. Überblick	1327
I. Rechtstatsachen/Rechtsquellen	1327
II. Grundlagen/Grundbegriffe	1328
1. §§ 15 ff. AktG	1328
a) Geltungsbereich	1328
b) Verbundene Unternehmen	1328
2. Mehrheitsbeteiligung (§ 16 AktG)	1328
a) Anteilsmehrheit (§ 16 Abs. 2 AktG)	1328
b) Stimmenmehrheit (§ 16 Abs. 3 AktG)	1329
c) Zusammenrechnung von Anteilen (§ 16 Abs. 4 AktG)	1329
3. Abhängige Unternehmen (§ 17 AktG)	1329
4. Konzern (§ 18 AktG)	1330
5. Wechselseitig beteiligte Unternehmen (§ 19 AktG)	1332
a) Einfache und qualifizierte wechselseitige Beteiligungen	1332
b) Beschränkung der Rechte (§ 328 AktG)	1333
c) Einfache wechselseitige Beteiligungen zwischen GmbHs	1333
6. Mitteilungspflichten (§§ 20–22 AktG)	1333
7. Unternehmensverträge (§§ 291, 292 AktG)	1336
B. Der Vertragskonzern	1337
I. Begründung eines Vertragskonzerns	1337
1. Abschluss eines Unternehmensvertrages	1338
2. Zustimmungsbeschlüsse	1339
a) GmbH als Untergesellschaft	1339
b) Obergesellschaft	1340
c) Unternehmensvertragsbericht/Unternehmensvertragsprüfung	1340
d) Satzungsklauseln	1341
3. Anmeldung zum Handelsregister und Eintragung	1342
4. Fehlerhafte Unternehmensverträge	1344
II. Rechtsstellung und Haftung der GmbH im Vertragskonzern	1345
1. Weisungsrecht	1345
2. Angemessener Ausgleich, Abfindung	1349
3. Verlustübernahme	1351
4. Gewinnabführung	1353
5. Wechselseitige Beteiligung	1354
6. Stimmverbot	1355
III. Die körperschaftsteuerliche Organschaft	1355
1. Jüngere Rechtsentwicklung im Überblick	1355
2. Voraussetzungen der körperschaftsteuerlichen Organschaft	1356
a) Die Organgesellschaft	1356
b) Der Organträger	1359
c) Finanzielle Eingliederung der Organgesellschaft in den Organträger	1362
d) Abschluss und Durchführung des Gewinnabführungsvertrages zwischen Organträger und Organgesellschaft	1365
3. Rechtsfolgen der körperschaftsteuerlichen Organschaft	1377
a) Ermittlung des Einkommens der Organgesellschaft	1377
b) Minder- oder Mehrabführungen bei Organgesellschaften	1381

Inhaltsverzeichnis

§ 21 Die GmbH im Konzern

c) Ermittlung des Einkommens des Organträgers	1381
d) Ausweitung der Verlustabzugsbeschränkung	1384
4. Verunglückte Organschaft	1384
5. Haftung für Steuern des Organträgers	1385
IV. Die gewerbesteuerliche Organschaft	1386
1. Voraussetzungen der gewerbesteuerlichen Organschaft	1386
2. Rechtsfolgen der gewerbesteuerlichen Organschaft	1386
a) Ermittlung des Gewerbeertrags im Fall der Organschaft	1387
b) Steuerbetragsermäßigung nach § 35 Abs. 1 EStG	1392
c) Zerlegung des Steuermessbetrages	1392
V. Die umsatzsteuerliche Organschaft	1393
1. Voraussetzungen der umsatzsteuerlichen Organschaft	1393
a) Anerkennung einer Gesellschaft als Organträger	1393
b) Anerkennung einer Gesellschaft als Organgesellschaft	1394
c) Eingliederungsvoraussetzungen	1394
2. Rechtsfolgen der umsatzsteuerlichen Organschaft	1399
3. Ausblick	1401
VI. Die grunderwerbsteuerliche Organschaft	1401
1. Allgemeine Voraussetzungen der grunderwerbsteuerlichen Organschaft	1402
2. Begründung eines Organschaftsverhältnisses	1404
3. Veränderung der Anteilsverhältnisse bei bestehendem Organschaftsverhältnis, Umstrukturierung im Organkreis	1404
4. Erweiterung des bestehenden Organkreises	1405
5. Verschmelzung des Organträgers	1405
6. Organschaftsverhältnis innerhalb einer Beteiligungskette	1406
7. Zwischengeschaltete Personengesellschaften	1406
8. Steuerschuldnerschaft	1406
9. Örtliche Zuständigkeit	1407
10. Vorrang gegenüber § 1 Abs. 3a GrEStG	1407
VII. Änderung und Beendigung von Unternehmensverträgen	1408
1. Änderung	1408
2. Beendigung	1409
a) Aufhebung	1409
b) Kündigung	1411
c) Hinzutreten außenstehender Anteilseigner (§ 307 AktG)	1415
d) Umwandlung	1415
e) Sonstige Beendigungsgründe	1417
f) Handelsregisteranmeldung und -eintragung	1417
3. (Anteilige) Gewinnabführung oder Verlustübernahme bis zum Beendigungsstichtag	1418
4. Sicherheitsleistung (§ 303 AktG)	1418
5. Kein weiterer Schutz der außenstehenden Gesellschafter	1419
C. Der faktische Konzern	1420
I. Begründung eines faktischen Konzerns	1420
1. Abhängige GmbH	1421
a) Abhängigkeitspräventive Satzungsklauseln	1421
b) Inhaltskontrolle abhängigkeitsbegründender Beschlüsse	1423
c) Fehlen oder Nichteingreifen satzungsmäßiger Regelungen	1424

§ 22 Die Unternehmergeellschaft (haftungsbeschränkt)	Inhaltsverzeichnis
d) Konzernierung der abhängigen GmbH	1425
2. Herrschende GmbH	1425
a) Gesellschaftsvertraglich begründete Zuständigkeiten der Gesell- schafterversammlung	1426
b) Gesetzlich zwingende Zuständigkeiten der Gesellschafterver- sammlung	1426
c) Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung aufgrund der „Holzmüller-/Gelatine“-Grundsätze	1428
d) Rechtsfolgen einer Missachtung der Zuständigkeitsverteilung	1430
e) Schutz der Minderheitsgesellschafter	1430
f) Nachträglicher Zustimmungsbeschluss	1430
II. Rechtsstellung und Haftung der GmbH im faktischen Konzern	1430
1. Herrschende GmbH	1430
a) Zuständigkeitsverteilung	1430
b) Anteilserwerb durch das abhängige Unternehmen	1431
c) Pflichten aus der Konzernleitung	1431
2. Abhängige GmbH	1432
a) Schädigungsverbot	1432
b) Cash-Pooling	1434
c) Stimmverbot nach § 47 Abs. 4 GmbHG	1441
d) Gleichbehandlungsgrundsatz	1441
e) Austritt	1441
f) Existenzvernichtender Eingriff	1442
g) Freiwillige Verlustübernahme	1446
III. Steuerliche Behandlung des faktischen Konzerns	1447
1. Der faktische Konzern im Körperschaftsteuerrecht	1447
a) Das steuerliche Teileinkünfteverfahren	1447
b) Die Zinsschrankenregelung	1450
c) Verlustabzugsbeschränkung bei schädlichem Beteiligungs- erwerb	1452
2. Der faktische Konzern im Gewerbesteuerrecht	1453
a) Mehrfachbelastung durch gewerbesteuerliche Hinzurechnung	1453
b) Die gewerbesteuerlichen Schachtelprivilegien	1454
3. Der faktische Konzern im Umsatzsteuerrecht	1454
4. Der faktische Konzern im Grunderwerbsteuerrecht	1454

§ 22 Die Unternehmergeellschaft (haftungsbeschränkt) (Vögt)

A. Einleitung	1456
B. Rechtsnatur/gesetzliche Grundlagen der Unternehmergeellschaft	1457
C. Einsatzmöglichkeiten	1458
I. Dienstleistungs-Unternehmergeellschaft	1458
II. Unternehmergeellschaft als persönlich haftende Gesellschafterin	1458
III. Die Unternehmergeellschaft als Konzernbaustein	1459
IV. Freiberufler-Unternehmergeellschaft	1460
V. Gemeinnützige oder Stiftungs-Unternehmergeellschaft	1461
VI. Sonstiges	1461

Inhaltsverzeichnis

§ 23 Die „öffentlich-rechtliche“ GmbH

D. Gründung, Firmierung und Kapitalaufbringung	1461
I. Gründungsvorgang	1461
II. Mindeststammkapital	1462
III. Firmierung	1462
1. Zulässige Firmierungen	1462
2. Rechtsscheinhaftung	1463
IV. Volleinzahlungsgebot	1464
V. Sacheinlagenverbot	1464
1. Offene Sacheinlagen	1464
2. Verdeckte Sacheinlagen	1465
3. Heilung	1466
VI. Hin- und Herzahlen	1466
E. Gesetzliche Rücklage (§ 5a Abs. 3 GmbHG)	1466
I. Pflicht zur Bildung der Rücklage und Verwendungsmöglichkeiten	1466
1. Thesaurierungsgebot	1466
2. Verwendung der gesetzlichen Rücklage	1467
II. Rechtsfolgen bei Verstößen	1468
III. Gefahr der Gewinnmanipulation	1468
F. (Drohende) Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung	1469
I. Pflicht zur unverzüglichen Einberufung der Gesellschafterversammlung	1469
II. Übernahme der Gründungskosten und Überschuldung der Vor-Unternehmergesellschaft	1469
III. Mittelzuführung durch Gesellschafterdarlehen	1470
IV. Überschuldung der eingetragenen Unternehmergesellschaft	1470
G. Kapitalerhöhung	1471
I. Bareinlagen oder Gesellschaftsmittel	1471
II. Reichweite des Sacheinlagenverbotes	1471
III. Reichweite des Volleinzahlungsgebotes	1472
IV. Erreichen oder Überschreiten des GmbH-Mindeststammkapitals	1473
H. Umwandlungen unter Beteiligung einer Unternehmergesellschaft	1473
I. Übergang von der Unternehmergesellschaft zur GmbH und umgekehrt	1473
II. Umwandlungen nach dem UmwG	1474
I. Die Unternehmergesellschaft im Steuerrecht	1475
J. Ausblick	1475

§ 23 Die „öffentlich-rechtliche“ GmbH (Otto)

A. Einführung	1478
I. Begriffsbestimmung	1478
II. Stand der Diskussion	1479
III. Zulässigkeitsvoraussetzungen für die wirtschaftliche Betätigung von Gemeinden	1480
1. Öffentlicher Zweck	1480

§ 23 Die „öffentlich-rechtliche“ GmbH	Inhaltsverzeichnis
2. Relationsklausel	1480
3. Subsidiaritätsklausel	1480
4. Örtlichkeitsprinzip	1481
IV. Digitalisierung der Energiewende	1481
V. Neuentdeckung der öffentlich-rechtlichen Anstalt	1482
B. Die öffentlich-rechtliche Anstalt (Das Kommunalunternehmen)	1482
I. Begriffsbestimmung	1482
II. Situation in einzelnen Bundesländern	1484
1. Bayern: Art. 89 Bayerische Gemeindeordnung (BayGO)	1484
2. Berlin: § 1 des Berliner Betriebe-Gesetzes (BerlBG)	1484
3. Brandenburg: Art. 94 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf)	1484
4. Hessen: § 126a Hessische Gemeindeordnung (HGO)	1485
5. Hamburg: Gesetz über die Stadtreinigung Hamburg (9. März 1994)	1485
6. Mecklenburg-Vorpommern: § 70 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V)	1485
7. Niedersachsen: §§ 141 ff. Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)	1485
8. Nordrhein-Westfalen: § 114a Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW)	1486
9. Rheinland-Pfalz: § 86a Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO)	1486
10. Sachsen-Anhalt: Gesetz über die kommunalen Anstalten des öffentlichen Rechts (AnstG)	1487
11. Schleswig-Holstein: § 106a Gemeindeordnung für Schleswig- Holstein (GO SH)	1487
C. Die GmbH in öffentlicher Hand	1487
I. Besonderheiten bei der Organisation	1487
II. Besonderheiten bei der Ausübung von Einflüssen auf den Aufsichtsrat	1488
III. Möglichkeit der Entsendung von Arbeitnehmervertretern in die Aufsichtsräte von kommunalen Gesellschaften in Nordrhein- Westfalen	1489
1. Gesetzeswortlaut	1489
2. Gesetzgeberische Zielsetzung	1491
a) Unternehmen und Einrichtungen iSd § 108a GO NRW	1491
b) Arbeitnehmerbeteiligung als Gestaltungsoption	1492
c) Drittelparität	1492
D. Die Besteuerung der öffentlichen Hand	1493
I. Allgemeines	1493
II. Die Besteuerung nach dem KStG	1493
1. Die Anstalten des öffentlichen Rechts	1493
a) Steuerpflicht und Steuersubjekt	1493
b) Befreiungen	1494
c) Ermittlung des Einkommens und vGA	1495
2. Die GmbH in öffentlicher Hand	1495
a) Steuerpflicht und Steuersubjekt	1495
b) Ermittlung des Einkommens und vGA	1496

Inhaltsverzeichnis

§ 24 Die gemeinnützige GmbH

§ 24 Die gemeinnützige GmbH (Helm/Haaf)

A. Sonderstatus einer gemeinnützigen GmbH	1498
B. Gesellschaftsrechtliche Zulässigkeit einer gemeinnützigen GmbH	1499
C. Die Besonderheiten bei der Gründung und die Bedeutung des Gesellschaftsvertrags	1500
I. Besonderheiten bei der Gestaltung des Gesellschaftsvertrags	1500
1. Verwendung der Mustersatzungen und Gestaltungshinweise	1501
2. Firmierung der gemeinnützigen GmbH	1502
II. Bestimmung eines steuerbegünstigten Unternehmenszwecks	1502
1. Gemeinnützige Zwecke	1503
2. Mildtätige Zwecke	1503
3. Kirchliche Zwecke	1504
III. Verdeutlichung der Zweckrichtung	1504
IV. Anerkennung als steuerbegünstigte Körperschaft und Handelsregistereintragung	1507
V. Verstöße gegen die formelle Satzungsmaßigkeit	1508
VI. Wechsel einer GmbH in den Status der Gemeinnützigkeit	1508
D. Besonderheiten bei der laufenden Tätigkeit einer gemeinnützigen GmbH	1509
I. Gemeinnützigkeitsrechtliche Einteilung der Tätigkeiten – die vier Sphären	1509
1. Der ideelle Bereich	1510
2. Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	1510
3. Zweckbetrieb	1510
a) Einzelne Zweckbetriebe	1511
b) Wohlfahrtspflege	1511
c) Krankenhäuser	1512
4. Vermögensverwaltung	1513
II. Geschäftsführung der gemeinnützigen GmbH	1513
III. Gemeinnützige Mittelverwendung	1514
1. Grundsatz der satzungsmäßigen und zeitnahen Mittelverwendung	1514
2. Rücklagenbildung und weitere Ausnahmen	1515
3. Angemessenheit der Geschäftsführerdotierung	1516
IV. Rechnungslegung	1517
V. Betätigungen mit Auslandsbezug	1518
VI. Verstöße gegen das Gemeinnützigkeitsrecht im Rahmen der laufenden Tätigkeit	1519
E. Steuerliche Begünstigungen	1519
I. Körperschaftsteuer	1519
II. Gewerbesteuer	1521
III. Umsatzsteuer	1522
IV. Erbschaftsteuer	1522
V. Grunderwerbsteuer	1523
VI. Grundsteuer	1523
VII. Spendenrecht und Sponsoring	1524
F. Ende der Steuerbefreiungen	1525
I. Ausstieg aus der Gemeinnützigkeit	1525

	Inhaltsverzeichnis
§ 24 Die gemeinnützige GmbH	
II. Eintritt in das Insolvenz-/Liquidationsverfahren	1525
III. Liquidation	1526
G. Besonderheiten bei der Konzernierung und der Unternehmerschaft (UG)	1526
I. Betriebsaufspaltung	1526
II. Aufrechterhaltung der Gemeinnützigkeit in einer Holdingstruktur	1527
III. Besonderheiten im Hinblick auf die umsatzsteuerliche Organschaft	1528
H. Die gemeinnützige Unternehmerschaft als alternative Rechtsform	1529
I. Reformhorizont für das Gemeinnützigkeitsrecht	1529
Stichwortverzeichnis	1531



beck-shop.de

 DIE FACHBUCHHANDLUNG